

# Osteuropäische Zukunft

Zeitschrift für Deutschlands Aufgaben im Osten und Südosten

Amtliches Organ des Donau-, Balkan- und Schwarzmeerländerverbandes „Dubvid“ Berlin und München, des Wirtschaftsausschusses „Ukraine“ Berlin, der „Deutsch-Finnländischen Vereinigung“ Berlin, der „Deutsch-Georgischen Gesellschaft“ Berlin und des „Deutsch-Nordischen Verbandes“ E. V. Berlin; Veröffentlichungsstelle für die verbundenen osteuropäischen und morgenländischen Vereine Berlin.

Herausgeber:

Dr. Salt Schupp-Berlin

Dr. Otto Sprenger-Bremen

Dr. Friedrich Thoma-Augsburg  
M. d. R. u. d. bayer. L. T.

Verlag: Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2 — Alleinige Anzeigenannahme: Russischer Kompaß, Berlin W. 50, Bamberger Straße 9.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst 64 49. Preis für 1 mm Höhe der 5 cm breiten Spalte 25 Pfg., auf der ersten Umschlagseite 50 Pfg., auf der zweiten, dritten und vierten Umschlagseite 35 Pfg.

2. Augustheft 1918

Die Zeitschrift erscheint monatlich zweimal. ·· Bezugspreis: Halbjährlich für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn M. 8.—, für das Ausland M. 9.—; einzelne Hefte 60 Pfg. ·· Beiträge und Besprechungsstücke wolle man senden: An die Schriftleitung der Osteuropäischen Zukunft, Berlin W. 50, Würzburgerstraße 2; Zusendungen für den Bezug sind zu richten an den Verlag Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2.

3. Jahrgang Nr. 16

**Inhalt:** Kranz, Und das Deutschtum der Provinz Posen? ·· J. von Eckardt, Randvölkerpolitik. ·· Orenius, Die militärpolitische Lage im Osten ·· Dohrmann, Terror. ·· Meller,

Taurien — Land und Leute. ·· Mitteilungen auf den Seiten 186—188 auf der 1., 2. und 3. Umschlagseite; Vereinsnachrichten auf der 3. Bücherbesprechungen auf der 3. und 4. Umschlagseite.

## Mitteilungen.

**Polen.** Ueber die parteipolitischen Verhältnisse Polens ist man, vom deutschen Leser ganz abgesehen, selbst in den Kreisen deutscher Ostpolitiker in der Regel gar nicht, ganz oberflächlich im geringsten Falle unterrichtet. Das liegt nicht so sehr an einer Pflichtvergessenheit oder an mangelndem Interesse, sondern vielmehr an der Versteinertheit dieser polnischen Parteiverhältnisse. Wird daher an dieser Stelle der Versuch unternommen, an der Hand einschlägigen Materials, das verstreut in der deutschen Presse erschienen ist — ich nenne besonders Dr. Paul Roth-Warschau, und seinen Artikel „Die Parteigruppierungen in Kongreß-Polen“ in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ —, den noch eine Uebersicht über die polnischen Parteien und ihre Richtung zu geben, so ist das ein recht gewagtes Unternehmen, denn im Grunde haben sich diese Parteien noch gar nicht konsolidiert und gar nicht konstituiert und sind in der Mehrzahl der Fälle erst in allerjüngster Zeit das geworden, was sie eben scheinen.

Während der Zeit der russischen Gewaltherrschaft war ein Parteileben in Polen im Sinne westeuropäischer Parteigruppierungen gar nicht möglich; soweit solche damals überhaupt bestanden haben, galten Ziel und Aufgaben hauptsächlich innerpolitischen Fragen, Problemen des polnisch-russischen Verhältnisses und dem Kampf der Polen um ihre nationale Anerkennung wenigstens im Rahmen der russischen Staatlichkeit. Mit einem Schlage wurde das anders, als der Krieg ausbrach und in seinem Gefolge die Russen erst um die Gunst der Polen buhlten und dann in der Okkupationszeit Deutschland mit ernster Würde den Polen ein Ziel nationaler Unabhängigkeit wies. Von da ab tritt das Gegenteil ein, das innerpolitische Interesse weicht zurück und die Parteien orientieren sich ausschließlich außenpolitisch. Die Parteiprogramme enthalten demgemäß überhaupt nur noch außenpolitische Bekenntnisse, und von außenpolitischen Sympathien oder Antipathien wird ihre Stellungnahme bedingt. Von diesem Standpunkte werden auch wir bei Beurteilung der polnischen Parteiverhältnisse auszugehen haben.

Zu Beginn des Krieges erließ der damalige Generalissimus der russischen zaristischen Armee, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, die historisch bekannt gewordene Proklamation an die Polen, in der er ihnen das Morgenrot eines neuen Tages und autonomer Freiheit verbließ. Es gab polnische Kreise, die diese Proklamation und ihren Inhalt ernst nahmen und ihre Politik in russischer Richtung orientierten. Hierbei kommen hauptsächlich in Betracht die Kreise der Großindustrie und des Adels, die mit Rußland durch verwandtschaftliche, wirtschaftliche und politische Bande ohnehin nahe verknüpft waren. Das also sind die Anfänge

einer russischen Orientierung in Polen, die nicht nur bis zum Ausbruch der russischen Revolution vorgehalten, sondern sich während der Okkupationszeit aus Opposition gegen die Mittelmächte zeitweilig sogar ausgewachsen haben. Die polnische Orientierung in der Richtung der Mittelmächte bestand von Anbeginn des Krieges an und als unterirdische Strömung wohl auch schon Jahrzehnte vor dem Kriege. Die polnischen Sympathien, besonders für Österreich, sind immer groß gewesen; dementsprechend begaben sich zu Kriegsbeginn ungezählte junge Leute aus Kongreßpolen nach Galizien, um in die polnischen Legionen einzutreten und gegen Rußland zu kämpfen. Der Einfluß der nach Mitteleuropa orientierten polnischen Kreise wuchs aber natürlich zusehends in den ersten Zeiten der Okkupationsperiode, da die Polen, noch getragen vom Enthusiasmus nationaler Begeisterung, von den Mittelmächten Anfrichtung und Garantie eines polnischen Königreiches erhofften. Aber diese Hochflut ebhte ab, wie Hochfluten immer abebben, besonders bei einem Volke wie dem polnischen, das bei seinem slawischen Naturell zu rasch entflammter Strohfeuerbegeisterung neigt. Die Szeptis, das Mißtrauen und im Zusammenhang damit der wachsende Einfluß jener russisch orientierten polnischen Kreise, deren wir Erwähnung taten, brachten Verwirrung in die Reihen der polnischen Gesellschaft, und man begann neuen Idealen nachzuhängen, neue Auswege zu suchen, neue Lösungen für möglich zu halten und neue Freunde zu suchen, wie neue Feinde zu entdecken. So hat sich im Lauf der Okkupationszeit, immer im Rahmen vorwiegend außenpolitischen Interesses, das Polentum vielfältig gespalten. Nur die Russophilen haben seit Ausbruch der Revolution Bankrott gemacht, denn mit dem Zusammenbruch Rußlands ist ihnen der Inhalt ihrer Politik genommen.

Die gegenwärtigen polnischen Parteien kann man in vier politische Hauptgruppen teilen: Passivisten, Aktivisten, Unabhängigkeitslinke und internationale Sozialisten. Was die Passivisten betrifft, so traten schon im September 1916 sechs Gruppen dieser Partei zum „interparteilichen Klub“ zusammen; es handelte sich um die kleinbürgerliche Partei der Nationaldemokraten, die feudal-kapitalistische Partei der Realpolitiker, die vor dem Kriege, wie oben angedeutet, eine polnisch-russische Ausöhnung anstrebten, und neben drei kleineren Gruppen die unter dem Einfluß der katholischen Heutlichkeit stehenden christlichen Demokraten. Hatten sich diese Parteien Hoffnungen auf eine Erfüllung der Proklamation Nikolai Nikolajewitschs gemacht, so verbielten sie sich nach der Besetzung Polens und nach der Proklamation des Königreiches Polen durch die beiden Monarchen Mittel-



# Osteuropäische Zukunft

Zeitschrift für Deutschlands Aufgaben im Osten und Südosten

Amtliches Organ des Donau-, Balkan- und Schwarzmeerlanderverbandes „Duboid“ Berlin und München, des Wirtschaftsausschusses „Ukraine“ Berlin, der „Deutsch-Finnländischen Vereinigung“ Berlin, der „Deutsch-Georgischen Gesellschaft“ Berlin und des „Deutsch-Nordischen Verbandes“ E. V. Berlin; Veröffentlichungsstelle für die verbündeten osteuropäischen und morgenländischen Vereine Berlin.

Herausgeber:

Dr. Falk Schupp-Berlin

Dr. Otto Sprenger-Bremen

Dr. Friedrich Thoma-Augsburg

M. d. R. u. d. bayer. L. C.

Verlag: Georg D. W. Callwey, München, Sinkenstr. 2. — Alleinige Anzeigenannahme: Russischer Kompaß, Berlin W. 50, Bamberger Straße 9. Fernsprecher: Amt Kurfürst 6449. Preis für 1 mm Höhe der 5 cm breiten Spalte 25 Pfg., auf der ersten Umschlagseite 50 Pfg., auf der zweiten, dritten und vierten Umschlagseite 35 Pfg.

2. Augustheft 1918

Die Zeitschrift erscheint monatlich 2 mal. Bezugspreis: Halbjährlich für das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn M. 8.—, für das Ausland M. 9.—; einzelne Hefte 60 Pfg. Beiträge und Besprechungsstücke wolle man senden: An die Schriftleitung der Osteuropäischen Zukunft, Berlin W. 50, Würzburgerstr. 2; Zusendungen für den Bezug sind zu richten an den Verlag Georg D. W. Callwey, München, Sinkenstraße 2.

3. Jahrgang Nr. 16

## Und das Deutschtum der Provinz Posen?

Von Prof. M. Kranz.

Das Deutschtum der Ostmark, insbesondere der Provinz Posen, ist erneut von der großen Gefahr des Rückgangs bedroht. Trotz der bald nach 1840 einsetzenden Abnahme des sich restlos zum Deutschtum bekennenden jüdischen Elements war der Anteil der Deutschen am Tausend der Bevölkerung Posens bis gegen Ende der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts dauernd im Wachsen. In den sechs Jahren 1852—1858 nahm z. B. die Zahl der — meist deutschen — Evangelischen der Provinz um 25 327, die der fast doppelt so zahlreichen — überwiegend polnischen — Katholiken nur um 10 508 zu, während sich die der Juden um 2589 verminderte. Der deutsche Anteil am Tausend dürfte um 1855 seinen Höhepunkt erreicht haben (441); er ging, namentlich seit die Polen 1864 die Aera der Revolutionen abschlossen und den für sie so erfolgreichen Wirtschaftskrieg gegen alles, was deutsch ist, begannen, dauernd zurück; 1890 betrug er 400, 1895 nur 390 und 1900 nur noch 376; die Zahl der Katholiken, die — außer etwa 140 000 — Polen sind, stieg dementsprechend 1867—1900 im Posener Regierungsbezirk von 672 auf 736 und im Bromberger von 544 auf 578. Erst im Jahrzehnt 1900—1910 kam der Rückgang des Deutschtums zum Stillstand, ja es wuchs sogar; was nicht etwa die Wirkung einer den Deutschen zuträglichen, ihnen tatsächlich in mancher Beziehung nachteiligen wirtschaftlichen Entwicklung, sondern einzig und allein die der konsequent durchgeführten Bismarckschen Ostmarkenpolitik, vor allem der staatlichen Bauernansiedlung war, welche bis zu Kriegsbeginn deutsche Bauern zu Tausenden in ihrer Heimat festgehalten und zu Zehntausenden Deutsche aus dem Auslande und aus den meisten reichsdeutschen Gauen in die Ansiedlungsprovinzen übergeführt hat. Ende 1913 betrug deshalb die gesamte deutsche Bevölkerung der An-

siedlungsgüter und Ansiedlungsgemeinden bereits rund 151 000 Personen, der Landerwerb der Kommission etwa 483 560 Hektar (= 90 Quadratmeilen), wovon freilich nur 124 900 Hektar (= 28 Prozent) aus Polenhand erworben waren. 1871—1900 hatten die Deutschen nur um 44 000, die Polen sechsmal so stark (um 260 000) zugenommen; in jenem Jahrzehnt war, trotz weiteren Rückgangs der jüdischen Zahl, die Zunahme der Polen (120 000) nur noch um ein Viertel stärker als die der Deutschen (90 000); der Promillesatz der Deutschen stieg demgemäß bis 1905 von 376 auf 385 und bis 1910 auf 387, der der Katholiken im Posener Bezirk nur noch schwach von 736 auf 739, wogegen er im Bromberger von 578 auf 568 sank. Vor 1902 hatte die Ansiedlungskommission jährlich der Provinz nur 950, seitdem 4500 Deutsche zugeführt, auch zahlreiche Deutsche dem energisch andringenden Polentum in der Heimat standzuhalten ermutigt. Allem Anschein nach war ja die Staatsregierung damals entschlossen, Bismarcks unter dem Fürsten Bülow wieder aufgenommene Polenpolitik durchzuführen. Nur daher kam es, daß sich die Deutschen 1900—1905 im Posener Bezirk fast ebenso stark, im Bromberger sogar um 2½ Prozent stärker und im folgenden Jahrzehnt in der Provinz (um 48 000 = 6½ Prozent) gleichfalls stärker als die Polen (um 65 000 = 5,3 Prozent) vermehrten. Und das, obwohl sich der Geburtenüberschuss der Polen (1911) zu dem der Deutschen wie 21 : 12 verhielt.

Der fast doppelt so große polnische Geburtenüberschuss legt die Vermutung nahe, daß das Deutschtum Posens krankt und in seinem Aufbau erhebliche Mängel aufweist. Dem ist so. Die Polen haben etwas, was den dortigen Deutschen in Stadt und Land so gut wie fehlt und worüber letztere so oft und ganz zu Unrecht mit Pharisäerhochmut spotten, eine zahlreiche, körperlich und

geistig gesunde, genügsame, zu schwerer Arbeit geeignete und bereite, Kinder ohne Bedenken zeugende proletarische Unterschicht. Sie haben ferner, der letzten Volkszählung von 1910 zufolge, an Landbewohnern mehr als das Doppelte der Deutschen. Während damals, obwohl die Erfolge der das Deutschtum fördernden Tätigkeit der Ansiedlungskommission schon stark in die Erscheinung traten, in Landgemeinden und Gutsbezirken, in runder Zahl, an Deutschsprechenden nur 440 000 gezählt wurden, waren dort zu gleicher Zeit mehr als noch einmal so viel Polnischsprechende (931 000) zu Hause. Und während 1910 von den Deutschen die kleinere Hälfte (366 000), 18 000 mehr als Polen, in den Städten saßen, wohnten damals in diesen, trotz der planmäßigen Verpflanzung polnischer Massen, auch Ortsarmer, in die Städte, von letzteren nur 27 Prozent, auf dem Lande also noch 73 Prozent. Ein Beispiel genüge für das Anschwellen der polnischen Stadtbevölkerung. In der Provinzialhauptstadt gab es 1867 neben 30 000 Deutschen nur 18 000 Polen, 1910 aber neben 65 000 Deutschen bereits 89 000 (also 24 000 mehr) Polnischsprechende. Es darf angenommen werden, daß die Verdoppelung der Städter der ganzen Provinz (seit 1852) zum guten Teil polnischem Zuzug zuzuschreiben ist. Auf dem Lande wird das deutsche Element wegen der vielen Ansiedlungsdörfer in den Landgemeinden nur relativ, in den Gutsgemeinden jedoch absolut zurückgegangen sein; wenigstens nahmen hier die Protestanten 1871—1895 um 6186 Seelen ab. Im Bezirk Bromberg wohnten 1910 in den Landgemeinden 12 000 Deutsche mehr als Polen (178 000), dagegen im Bezirk Posen Polen (447 000) mehr als noch einmal so viel wie Deutsche (178 000); und gar in den Gutsbezirken der Provinz standen nur 1 000 Deutsche 305 000 Polen gegenüber, stellten also nur ein Fünftel (21 Prozent), die Polen aber 79 Prozent. Der evangelische deutsche Landarbeiter, der je länger, desto mehr aus der Provinz verschwindet, war in dieser früher an vielen Orten zu finden; deutsche, zum Teil auch polnische Großgrundbesitzer siedelten ihn unter erheblichen Kosten an, so 1831 von Treskow-Owinsk 30 Familien aus Schlesien. Seit die Freizügigkeit (1843) in Preußen eingeführt war, namentlich seit der Nationalitätenkampf immer schärfere Formen annahm, polnische Besitzer ihre deutschen andersgläubigen Leute entließen, und seit die deutsche Industrie ins Riesengroße anwuchs, hat der deutsche Landarbeiter den Osten zu ungezählten Tausenden und für immer verlassen, während der polnische „Sachsgänger“, an Ersparnissen reich, in die polnische Heimat zurückzukehren angehalten wird und dort, wenn irgend möglich, einen kleinen Landbesitz erwirbt. Kennzeichnend für diese Entwicklung sind folgende dem ausgezeichneten Werke Leo Wegeners „Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen um die Provinz Posen“ (Posen 1903; J. Jolowicz) entnommene Tatsachen. Auf dem Chronlehn des Fürsten Thurn und Taxis gab es, soweit es im Kreise Krotoschin liegt, 1871 neben 901 Evangelischen (31 Proz.) 1955 Katholiken, 1895 aber neben 2552 Katholiken nur noch 565 Evangelische (18 Prozent); auf den Besitzungen des Fürsten Reuß im Kreise Grätz waren 1871 die entsprechenden Zahlen 231 und 623, 1895 aber 689 und 134. Auf der fast ausschließlich an Deutsche verpachteten Herrschaft Reisen des Fürsten Sulkowski verminderten sich die Deutschen in dem Jahrzehnt 1885—1895 vom Tausend der Bewohner von 291 auf 201 und auf der Herrschaft Samter des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha von 1871—1895 von 256 auf 156.

Das Deutschtum der Provinz Posen ist **K r a n z**, jedoch nicht bloß, weil ihm jene proletarische Unterschicht fehlt und weil es an sich und im Verhältnis zu den Polen zu wenig Landleute aufweist, also an den Schichten Mangel hat, welche der Statistik zufolge besonders kinderreich, bei uns Deutschen es fast allein sind. Um die einzelnen Be-

rufe durchzugehen, so ist der deutsche ländliche Grundbesitz dem polnischen zwar augenblicklich an Gesamtfläche noch überlegen, aber doch stark gefährdet. Er betrug Ende 1910 (neben 1 204 024 Hektar in polnischer Hand) 1 618 680 Hektar und war 1913, nach einer Zusammenstellung des Posener Oberpräsidenten, in den meisten Größenlagen, z. B. in der wichtigen der größeren Bauern von 20—100 Hektar mit 8508 Stellen gegenüber 5718 polnischen, größer als der polnische. Abgesehen von größeren Begüterungen, namentlich der westlichen Grenzkreise, die seit Generationen, sogar aus polnischen Zeiten, denselben deutschen, an ihrer Heimat hängenden Familien gehören, und abgesehen von unveräußerlichen Majoraten kommen und gehen provinzfremde deutsche Besitzer, besonders mittlerer Güter, ununterbrochen und verkaufen, manchmal wohl aus Not, leichten Herzens auch an Polen, denen jedes Mittel recht ist, um deutsches Land in Polenhand zu bringen; derartige Deutsche betrachten, wie einst ein Landrat schrieb, den Grundbesitz „als Ware, die losgeschlagen wird, sobald ein annehmbarer Gewinn für den Besitzer dabei zu erwerben ist“. Daher gingen 1896 bis 1912 in Posen und Westpreußen 99 686 Hektar mehr aus deutschem Besitz in polnischen über als umgekehrt. Erst das Jahr 1913 schloß, dank der Ansiedlungskommission, mit einem Gewinn auf deutscher Seite ab. Hätte sie nicht, sobald deutscher Besitz gefährdet war, bis Kriegsbeginn immer wieder kaufend eingegriffen, hätten nicht die Bauernbank in Danzig und die Mittelstandskasse in Posen in den ersten zehn Jahren ihrer Tätigkeit die Besitzbeseitigung für 49 Quadratmeilen durchgeführt, hätte nicht die Forst- und Domänenverwaltung in beiden Provinzen etwa 200 deutsche Rittergüter, deren Besitzer sich nicht zu halten vermochten, angekauft, um sie in der Regel an diese zu verpachten, auch 600 Quadratkilometer Wald von notleidenden Deutschen erworben, wären nicht seit der Jahrhundertwende, seit der von dem genialen Organisator Wawrzyniak geschaffene „Verband polnischer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ waghalsig mit seinen reichen Mitteln auf dem Gütermarkt für Erhaltung und Mehrung des polnischen Grundbesitzes auftrat, 39 deutsche fideikommissionen in der Provinz Posen errichtet, die Familien der Besitzer dauernd an die Provinz gebunden und so rund 60 000 Hektar dauernd jener Gefahr entzogen worden, so wäre in absehbarer Zeit das eingetreten, was die Polen erstreben, ja erstreben müssen, was die meisten Deutschen aber noch immer, selbst wenn das alte Preußen zu Grabe getragen sein wird, für abwendbar halten zu dürfen glauben. Erinnerung sei in diesem Zusammenhange an den harten, aber leider berechtigten Ausspruch des Obersten Kardinal von Widdern, eines bewährten Vorkämpfers des Ostmarkendeutentums: „Für polnisches Geld pflegt jede deutsche Scholle zu haben zu sein,“ erinnert sei daran, daß Polen von Deutschen 1896—1908 in Westpreußen 106916 Hektar, in Posen 150 104 Hektar, 1906—1911 in Schlesien 16 621 Hektar, bis Juli 1912 in Ostpreußen 29 194 Hektar und in Hinterpommern 2369 Hektar, zusammen 305 614 Hektar, erwarben, und auch daran sei erinnert, daß der wirkliche Großbesitz (über 1000 Hektar) im Posenschen 1914 bereits zur größeren Hälfte (374 177 Hektar) polnisch und nur noch zur kleineren (350 594 Hektar) deutsch war, daß die polnischen Adligen ihre Güter fast durchgängig selbst verwalten, überwiegend tüchtige Landwirte, auch gut situiert sind, und daß der polnische „Bund der Landwirte“, wo das Gegenteil wahrnehmbar wird, sofort eingreift, die Verwaltung übernimmt und den Uebergang an Deutsche fast stets zu vereiteln weiß. Ob der deutsche kleinere Landbesitz gesicherter als der große ist, mag zweifelhaft sein. Es ist nicht zu verkennen, daß der ostmärkische deutsche Bauer mit einer gewissen Zähigkeit an seinem Hofe hängt und, wo er geschlossen sitzt, das Eindringen von Polen hartnäckig zu verhindern sucht; andererseits

räumt er, zerstreut unter Polen, gern den nationalen Kampfplatz; auch werden Dörfer, in die sich Polen einzunisten gewußt haben, immer wieder bis auf den letzten Deutschen ausgetauscht. Für die steigende Tüchtigkeit des polnischen Bauern spricht dabei folgende Tatsache Bände. Um die Mitte der vierziger Jahre kaufte ein deutscher Gutsbesitzer des Inowrazlawer Kreises von dem Trunt ergebnen polnischen Bauern ein ganzes Dorf auf; das neue Gut wurde vom Volksmund Przepijewo (durch Saufen vergendet) getauft. 1897 kaufte ein Pole das Gut und parzellierte es unter polnische Bauern. Nunmehr machten, so schrieb damals ein polnisches Blatt, Fleiß und Sparbarkeit der Nachkommen wieder gut, was die Niederlichkeit der Väter verbrochen hatte.

Daß das Deutschtum auch der ostmärktischen Städte an schweren Schäden leidet, daß besonders „der kleine Gewerbestand unaufhaltbar zurückgeht,“ erzählen sich die Späßen auf den Dächern. Heilversuche werden manche, manche mit mäßigem Erfolge, angestellt. Das deutsche Handwerk, das einst der Hauptträger des dortigen Deutschtums war und einen goldenen Boden hatte, ist im Verfall; der Lehrlingsnachwuchs ist zum starken Teil polnischer Herkunft; der deutsche Meister wird vielerorten von dem genügsameren und billigeren, allmählich gleich tüchtig gewordenen polnischen verdrängt, zumal dieser der Förderung durch „vorurteilsfreie Deutsche“ noch immer sicher ist. Auch in der Industrie, die sich zum erheblichen Teil auf landwirtschaftlichen Betrieben aufbaut, an der Landwirtschaft einen guten Abnehmer hat und auch heute noch deutsch ist, suchen die Polen, bisher ohne rechten Erfolg, festen Fuß zu fassen. Eine 1915 gegründete „Gesellschaft zur Förderung der polnischen Industrie“ wird ihre Tätigkeit wohl erst nach dem Kriege aufnehmen, dann aber, bei nachdrücklicher Unterstützung durch die polnischen Banken und die an Geldüberfluß leidenden polnischen Kreditgenossenschaften (1900 betrugen die Depoziten bei dem Wawrzyniakverbande erst 36, sieben Jahre später 123, nach weiteren sieben Jahren 284 und im Jahre 1915 dreihundertundsechs Millionen Mark), in regen Wettbewerb mit den Deutschen eintreten. Während die Deutschen des Ostens die Pflicht erfüllen, ihre Ersparnisse in Kriegsanleihe anzulegen, halten die Polen — mit spärlichen Ausnahmen — diese zurück; sie verleihen Millionen nach dem neuen Weichselstaat und werden auch nach Erzbergers unabhängigem Litauerstaat für die geplante Rettungsaktion zugunsten des dortigen überschuldeten polnischen Großgrundbesitzes weitere Millionen überführen; es gilt, dort die polnische Oberschicht über Wasser zu halten und durch sie die Außen- und Innenpolitik des so wenig Intellektuelle aufweisenden Bauernstaates maßgebend zu bestimmen. Die Hauptmasse des von den polnischen Genossenschaften aufgespeicherten polnischen Nationalvermögens findet bereits heute beim Erwerb deutschen Besitztums, deutscher Landgüter und Bauernhöfe, deutscher Häuser und Geschäfte in den Städten, der neuerdings einen wahrhaft bedrohlichen Umfang annimmt, Verwendung und wird nach dem Kriege die polnische Industrie finanzieren und von deutschem Bankgelde unabhängig machen. Nach einer, allerdings älteren, Schätzung aus dem Jahre 1896 hätten damals in der Provinz Posen von Brennerbetrieben 302 Deutschen und nur 121 Polen, von Stärkefabriken 41 jenen und nur 10 diesen gehört, von Ziegeleien wären 371 in deutscher und nur 83 in polnischer Hand, von Molkereien 47 deutsch und nur 2 polnisch gewesen, während 39 eingetragene Genossenschaften, dem Anschein nach, überwiegend deutsch waren. Dazu stimmt, was Moritz Jaffe, ein kompetenter Kenner des Posener Wirtschaftslebens, 1898 in einem Exposé sagt: „Im Regierungsbezirk Posen sind von den im Steuerjahr 1897/98 für die Gewerbesteuerklasse I veranlagten 31 Firmen, wenn man die Aktiengesellschaften danach rangiert,

in welchen Händen sich der größere Teil ihres Kapitals befindet, nur 5 (sämtlich Aktiengesellschaften) im Eigentum von Polen. Von den 82 zur Klasse II veranlagten Firmen sind nur 9 in polnischen Händen. In den Hauptindustriezweigen der Provinz (von Zuckerfabriken, Spiritusbremerei und Stärkefabrikation abgesehen), also in der Brauerei, Mehlmühlenindustrie, Spritfabrikation, der Ziegels-, der Holzindustrie, der Herstellung künstlicher Düngemittel und landwirtschaftlicher Maschinen, sind 1897/98 — soweit es sich um solche Betriebe handelt, die zu Klasse I und II herangezogen sind — im Regierungsbezirk Posen nur 2 Betriebe in den Händen von Polen, eine Maschinenfabrik und eine verhältnismäßig unbedeutende Fabrik chemischer Düngemittel, gewesen.“

Daß trotz dieser augenblicklich noch starken Position der deutschen Industrie, die doch überwiegend polnische Arbeiter beschäftigt, der deutsche Nährstand in den Städten Posens vor dem Polentum zurückweicht, mit Steuern überlastet ist, unter polnischem Boykott schwer leidet und, durch die augenblickliche Polenpolitik der Staatsregierung entmutigt, das Schlachtfeld in hellen Haufen räumt, kann der deutschen Öffentlichkeit zwar verschwiegen werden, bleibt aber Tatsache. Das gilt vor allem von dem Teil der deutschen Bürgerschaft, der numerisch nur noch wenig bedeutet, aber durch Wohlstand, kommerzielle Begabung, geistige Regsamkeit und durch seinen starken Bruchteil an Intellektuellen und Angehörigen freier Berufe für die Entwicklung der Provinz und den Einfluß des deutschen Elementes von großer Bedeutung ist, von den Juden. 1840 gab es in der Provinz rund 80 000 Juden, die fast ausschließlich in 131 Städten wohnten; in 21 bestanden damals die Einwohner zu 30—40, in vier zu 41—50 und in drei über 50 bis zu 64 Prozent aus Juden; 1905 wurden nur noch in 10 Städten mehr als 10 Prozent Juden ermittelt und an keinem Orte überstieg ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung 15 Prozent. Seit 1849 sind die Posener Juden in ununterbrochener Abnahme und Abwanderung begriffen; war letztere bis Ende der sechziger Jahre eine proletarische, jüdischer Handwerker, so wurde sie seitdem eine gut situierte jüdischer Kaufleute; diese weichen dem allmählich erstarkenden polnischen Gemeinwesen, dem polnischen Wirtschaftssystem und dem mit scharfem Antisemitismus verbundenen nationalen Handelsboykott (z. B. Bernhard), dem sie unterliegen, weil sie Handel und offenes Ladengeschäft bisher vornehmlich in ihren Händen hatten und deshalb vom guten Kaufwillen ihrer Kunden nur zu abhängig sind. 1861 zählte man in der Provinz noch 74 272; 1871 61 982; 1890 44 346; 1900 35 327 und 1910 26 512 Juden; davon 25 294 in den Städten. 1910 wiesen von 127 Posener Städten 5 keine, 40 unter 50, nur 6 500—1000 und nur 2 über 1000 jüdische Einwohner auf. Wer die Provinz und die Entwicklung ihrer Städte kennt, wird die Leistungen der kleinen jüdischen Minderheit (3 Prozent der Städter) im Dienste der kommunalen Selbstverwaltung, möglich nur bei einem Zensuswahlrecht, rückhaltlos anerkennen; er wird bedauern, daß, wie der Zionist Theilhaber mit Recht sagt, die Zukunft für die posenschen Juden: Auswandern und Aussterben lautet und, schon weil erfahrungsmäßig jede leer werdende jüdische Brotstelle von einem Polen besetzt wird, anerkennen, daß dieser Verlust für das Deutschtum nie wieder ersetzt werden kann. „Schon heute haben die Polen, nach Herrn von Starzewski, stufenweise einen bereits starken, wenn auch noch armen polnischen Bürgerstand herausgearbeitet.“

Man kann öfters auch in der Ostmark hören, für den jüdischen Kaufmann könne und werde, wenn nicht der christliche deutsche Kaufmann, so doch der zahl- und einflußreiche deutsche Beamte einen vollwertigen Ersatz bilden. Tatsächlich spielen dort die Beamten im öffentlichen Leben eine Rolle, die ihnen der Reichsfreiherr

vom Stein, als er 1808 den eingeseffenen Nährstand zum Träger der städtischen Selbstverwaltung machte, nicht zugegredacht hat. Viele Beamte sind in der Ostmark uneigennützig in das Kommunalleben eingetreten und imstande, nur zusammen mit den Juden und nur auf Grund von Jenzuswahlen, deutsche Stadtverwaltungen in deutschem Sinne zu sichern. Allein vermöchten sie es nicht, weil dann das wohlhabend werdende polnische Bürgertum in den beiden ersten Abteilungen an die Stelle der hochbesteuerten Juden treten und die meist von knappem Gehalt lebenden Beamten niederstimmen würde. Dazu kommt, daß die Mehrzahl der Beamten in der Ostmark kein rechtes Interesse an den Nöten der Deutschen nimmt, daß sie die Provinz Posen als „Ausland“ und einen Taubenschlag ansehen, in den sie ungern hinein und aus dem sie gern hinausfliegen, und daß sie — pensioniert — mit Vorliebe nach Großberlin übersiedeln. Nur infolge geschlossenen Zusammengehens aller Deutschen gab es 1905 in 131 Stadtverordnetenversammlungen 1063 Deutsche und nur 354 Polen und 1912 in 47 Städten ausschließlich, in 44 überwiegend deutsche, in 5 gleich viel, in 18 mehr polnische und nur in 15 kleinen, toten Orten, wo die Juden durch Boykott herausgedrängt wurden, ausschließlich polnische Stadtverordnete. Daß dieses Stärkeverhältnis sich auf die Dauer, selbst beim Dreiklassenwahlrecht und gar im Falle der längeren Dauer des neuen Polenurses, zu deutschen Ungunsten gestalten muß, ist Kennern der Stimmungen beider Völker unzweifelhaft. Man vergesse nicht, die Beamten sind in einem gewissen Umfange von ihren Oberen abhängig oder glauben doch, es zu sein; wird erst das alte Preußen eingescharrt und eine der Mehrheit des deutschen Reichstages konforme im Abgeordnetenhanse für unsere innere Politik maßgebend, so werden nur noch wenige deutsche Beamte in der Selbstverwaltung der Posener Städte in deutschem Sinne zu wirken vermögen; die Demokratie ist ja stets der Terror. Wer möchte zudem bezweifeln, daß es dann in den „polnischen Provinzen“ polnische Beamte, die bekanntlich Anfang der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts in der Ostmark aus dem Staatsdienst ausschieden, wieder in großer Zahl geben, daß man die deutschen wegversetzen und damit den Bestandteil des ostmärkischen Deutschtums, der heute der wichtige Mitträger dieses Deutschtums ist, ausschalten wird?

Wird gar das gleiche Wahlrecht für die Kommunalwahlen eingeführt (wie Baden zeigt, folgt auf den ersten Streich sehr schnell der zweite), so würden, selbst Sicherungen, die keine Sicherungen (Proporz und Mehrstimmen) sind, angenommen, von 129 Städten der Provinz 85 mit polnischer Mehrheit möglichst sofort polnische Magistrate und Beamte einsetzen und die Deutschen vorläufig nur in 44 am Ruder bleiben. Wessen die Polen in dieser Beziehung fähig sind, lehrt uns Warschau, wo die polnische Stadtverwaltung Hunderte von Polen und nur einige wenige Juden als Beamte angestellt hat, obwohl letztere 40 Prozent der Stadtbevölkerung sind und, trotz der Bettelarmut ihres Proletariats, 60 Prozent der Steuern zahlen, auch 72 Prozent der Kaufmannschaft stellen. Um nicht weitläufig zu werden, unterlasse ich, die entsprechende tödliche Wirkung auf das Deutschtum der Landkreise und auf die musterhafte Provinzialverwaltung auszumalen. Festgestellt sei, daß nur 10 Kreise deutsche und 32 polnische Mehrheiten haben. Sapienti sat!

Die Staatsregierung glaubt trotz allem noch immer, die polnischen Geister, die sie rief, bannen, die Polen des preussischen Anteils durch Repressivmaßregeln gegen hanebüchene Ungehörigkeiten (Kosciuszkofeier, polnische Pfadfinder usw.) zur Besinnung bringen, durch Konzessionen veröhnen und bestimmen zu können, sich als polnisch sprechende Preußen zu fühlen; sie glaubt auch wohl, noch die Machtmittel zu haben, um, nach dem Willen unseres Kaisers, „deutsches Land deutscher Art und deutschem Geist zu erhalten.“ Den Ostmarkdeutschen, jener bangen Tage eingedenk, wo die Russeninvasion drohte, wo sie merkten, wessen sie — nicht bloß von den Russen — gewärtig sein mußten, und wo ihre polnischen Mitbürger kirchenamtlich erfuhren, ihnen werde nichts à la Ostpreußen passieren, fehlt dieser Glaube. Das Ostmarkendeutschtum krankt, wie gezeigt worden, und kann nur durch die Mittel, die mit Bismarcks Namen verknüpft sind, in seinem Bestande erhalten und vermehrt werden. Wird im neuen Polenurse weitergesegelt, wird Preußens Verfassungsleben nach süddeutschen Mustern umgestaltet, kommt in Preußen eine der Reichstagsmehrheit konforme und damit die Polen ans Ruder, so stehen wir im Osten in absehbarer Zeit vor einem nationalen Leichenfeld. Die „polnischen“ Provinzen werden dann polnisch sein.

## Randvölkerpolitik.

Von Johannes von Eckardt.

Der Gedanke, Mitteleuropa vor der steten Bedrohung durch russische Ueberfälle dadurch zu schützen, daß eine Reihe von befreiten Randvölkern als Pufferstaaten nach Osten vorgelagert wurde, ist gewiß ein glücklicher, auch geschichtlich gerechtfertigter. Bereits im früheren Mittelalter hatten solche Zwischenstaaten bestanden und Jahrhunderte hindurch den Ausbreitungsgelüsten russischer Zaren nach Westen Einhalt geboten. Gelingt es jetzt, den neuentstehenden Staatsgebilden Lebensfähigkeit zu sichern und namentlich ihre wirtschaftliche Grundlage gedeihlich zu gestalten, so könnten durch einen solchen Schutzwall Deutschland und Oesterreich-Ungarn bezw. die Balkanhalbinsel vor der russischen Gefahr geschützt erscheinen — jedoch nur in dem Falle, daß es gelingt, die Randvölker zu aufrichtigen Freunden, nicht aber zu widerwillig und gewaltjam bezwungenen Nachbarn der Mittelmächte zu machen. Militärisch ist im Osten nach endgültigem Zusammenbruch der russischen Weltmacht unerhört Großartiges geleistet worden. Die politische Aufgabe, welche durch dieses siegreiche Vorgehen des deutschen Heeres unseren Staatsmännern zu lösen bevorsteht, ist die denkbar schwierigste. Es gilt, Gegensätze auszugleichen und Interessen zu versöhnen, die fast unversöhnlich scheinen, es

gilt, für viele dieser Völker die Grundlagen politischer und wirtschaftlicher Lebensbedingungen neu zu schaffen, ihr Verwaltungs-, Gerichts-, Schul- und Gemeinwesen zu organisieren, die Finanzwirtschaft gedeihlich zu gestalten und nach und nach in das Fahrwasser geregelter Selbstverwaltung hinüberzuleiten. Vor allem aber galt es, die gänzlich aufgelöste Ordnung im Lande wiederherzustellen, und das alles inmitten eines Weltkrieges, der alle unsere Kräfte in Anspruch nahm und — wie es sich befürchten läßt — noch in Anspruch nehmen wird. Also Weltkrieg im Westen und auf den Meeren, die Erschaffung einer neuen, politischen Welt im Osten — ist derartiges jemals schon gleichzeitig von einem Volk verlangt worden? Und dennoch muß es sein. Sollen alle unsere Siegestaten uns eine bessere Zukunft sichern, so muß die Randvölkerpolitik so fest, aber behutsam vorgehen, daß wir im Osten vor weiteren Konflikten bewahrt bleiben.

Begreiflicherweise gab es anfangs keine andere Möglichkeit, als die im Osten besetzten oder zeitweilig, behufs Herstellung der Ordnung, betretenen Gebiete — militärisch zu verwalten, solange der Krieg im Osten dauerte, selbst auf die Gefahr hin, daß die anfangs freudig begrüßte Befreiung späterhin als Fremdherrschaft aufgefaßt werden

würde. Jetzt ist der Friede geschlossen, wenigstens offiziell, wenn auch die einerseits für die Zukunft erhoffte „Freundschaft“ noch lange auf sich warten lassen dürfte. In einem Revanchekrieg ist das, was sich russische Regierung nennt, gänzlich außerstande. Alle Anstrengungen der Entente und die Prahlereien Kerenskis können vielleicht die Stimmung des russischen Volkes beeinflussen, in militärischer Beziehung werden sie jedoch nichts daran ändern, daß für absehbare Zeiten Rußland für uns keine Gefahr mehr bedeutet, da es seiner vollen staatlichen Auflösung entgegengeht.

Weit bedenklicher ist die Lage und die Stimmung der Bevölkerung in den neuen Grenzstaaten des Ostens. Es wäre schlechte und törichte Politik, sich dem zu verschließen, daß dort die Unzufriedenheit im Wachsen begriffen ist, daß die Niederhaltung jeder Initiative und persönlichen Freiheit auf dem Gebiete des Verkehrs, der Volkswirtschaft und des Handels jede Entfaltung lokaler Kräfte unmöglich macht, daß die Monopolisierung des wirtschaftlichen Lebens durch die militärische Verwaltung, die Beschlagnahme der gesamten Produktion und die spärliche Rationierung unerträgliche Lebensverhältnisse schafft, die unsinnige Preissteigerung der auf Schleichwegen erlangten Lebensmittel die Bevölkerung zur Verzweiflung treibt — das gilt in erster Reihe für die verwüsteten Provinzen Est- und Livland, in zweiter für Litauen und Kurland. Es ist die höchste Zeit, hier dem Provisorium ein Ende zu machen, nicht so sehr auf politischem, als auf wirtschaftlichem Gebiet. Absehen von den Deutschbalten, die zu allen Opfern bereit sind, um sich nur ihr Volkstum zu erhalten, verlangen diese Randvölker mit Recht, ungehemmt den Aufbau ihres wirtschaftlichen Lebens jetzt aufnehmen zu dürfen. Legt man ihnen die schweren Pflichten auf, die der deutsche Reichsbürger zu tragen hat, so fordern sie auch, den kärlichen Rest seiner Rechte genießen zu dürfen. Spricht man beständig von ihrer Befreiung, so verlangen sie darnach, wenigstens in wirtschaftlicher Beziehung sich freier entwickeln zu dürfen. Soll aber die Produktionskraft ihres Landes nur dazu dienen, um Deutschland zu versorgen, so bleiben sie eben nur ein gewaltsam besetztes Gebiet, dessen Bevölkerung zu steigender Erbitterung gegen das Deutschtum erzogen wird. Mit ihrer politischen Unabhängigkeit zu warten, wären sie bereit, wirtschaftlich sind sie jedoch ebenso erschöpft, wie arbeitslustig — doch wollen sie die Früchte ihrer Arbeit nach vierjähriger Entbehrung jetzt selbst behalten dürfen. Diese Forderungen mit den Ernährungsbedürfnissen des deutschen Volkes in

Einklang zu bringen, ist die schwierigste aller schwer zu lösenden Aufgaben der Reichsregierung. Die Opferwilligkeit des deutschen Volkes, das alles daran setzt, um seine Existenz zu retten, kann von den Randvölkern nicht erwartet, ihnen daher nicht durch eine unbefristete Militärdiktatur aufgezwängt werden — auch sie sind berechtigt, lebenswürdige und entwicklungsfähige Existenzbedingungen für sich zu beanspruchen, wenn sie die deutsche Verwaltung fortan nicht als eine feindliche ansehen sollen.

Es ist leicht, Kritik zu üben und zu verlangen, daß die Besetzung der weiten Gebiete im Norden und Osten ein Ende nähme. Was aber wären die Folgen davon? In Finnland würden aufs neue sozialistisch-anarchistische Bolschewikbanden die staatliche, soziale und wirtschaftliche Ordnung umstürzen und die hohe Kultur des Landes zerstören, im Baltensland würde dasselbe geschehen und das deutsche Kulturtrügertum endgültig ausgerottet werden. In Litauen und Polen, wo von alters her das organisatorische Talent zur Bildung eines festen Staatsgefüges gefehlt hat, würden einander bekämpfende, ja verächtliche Parteien chaotische Zustände schaffen. Und in der Ukraine? Ja, wer vermag zu sagen, was aus diesem neuen Staatsgebilde würde, dessen Grenzen noch immer nicht festgesetzt werden können, dessen Agrarzustände äußerst bedroht sind, solange das Damoklesschwert der Enteignung des Grundbesitzes über den Häuptern aller Besitzlichen schwebt, solange die Begehrlichkeit der Bolschewisten und die Herrschsucht der Großrussen nur durch die Kraft deutscher Heeresmacht niedergehalten wird — wer vermag zu sagen, was aus der Ukraine werden würde, sobald sich die deutschen Truppen zurückziehen? Besäßen diese Randvölker überhaupt schon genügend innere Lebenskraft und Lebensfähigkeit, wenn man sie ihrem eigenen Schicksal überließe?

Diese Frage kann nur verneinend beantwortet werden. Die militärische Besetzung der Randländer ist ebenso eine Notwendigkeit, wie ihre politische Unterstützung durch das Deutsche Reich, aber auch wie ihre wirtschaftliche Befreiung von dem militärischen Bürokratismus, von den formalistischen Bedrückungen des freien Verkehrs, von den Hindernissen, die der freien Entwicklung des Handels, der Landwirtschaft und des industriellen Betriebes entgegen gesetzt werden.

Geschieht das nicht bald, so müssen wir befürchten, im Osten eine Saat zu säen, die späterhin bittere Früchte zeitigen wird bei den uns benachbarten Randvölkern.

## Die militärpolitische Lage im Osten.

Von Ivo Orenius, Berlin.

Jeder neue Tag zeichnet in das Bild der östlichen Verhältnisse neue charakteristische Züge. Wenn daher diese Zeilen, die zu Anfang des Monats geschrieben wurden, im Druck erscheinen, wird mittlerweile auf den Trümmern Rußlands vielleicht schon irgendeine neue Entscheidung gefallen sein. Zurzeit jedoch läßt sich die Lage letzten Endes so wenig erschöpfend beurteilen, daß Prophezeiungen leichtfertig wären und nur dem Augenblick Rechnung getragen werden kann. Trotzdem möchten wir, wie gesagt, die Möglichkeit nicht ausschließen, daß es in aller nächster Zeit zu Umwälzungen und Neugestaltungen kommt, die dem Gesamtbild im Osten einen wesentlich anderen Charakter geben.

Die militärpolitische Lage im Osten hat sich in letzter Zeit, wenn auch nicht bedrohlich, so doch immerhin ein wenig bedenklich gestaltet. Unaufhaltsam schreitet der Verfall der Moskauer Maximalistenherrschaft fort: die Operationen der Tschecho-Slowaken in konzentrischer Richtung auf Moskau, der englische Vormarsch von der Murmanbasis

aus durch die nördlichen Gouvernements, die Flucht des seinerzeit zum Zaren ausgerufenen Großfürsten Michael Alexandrowitsch aus Tomsk, chronische Bauernunruhen überall im Lande, wüste Hungerkrawalle in den Städten und die wachsende politische und militärische Unzuverlässigkeit der Roten Garde beschleunigen den Auflösungsprozeß im maximalistischen Rußland in erschreckender Weise.

Es ist den Maximalisten in Moskau noch einmal gelungen, den offenen Aufruhr gegen ihr Regiment blutig zu unterdrücken, als die Ermordung des deutschen Gesandten, des Grafen Mirbach, das Signal zu einem kühn versuchten, aber, wie gesagt, fehlgeschlagenen sozialrevolutionären Staatsstreich gab. Die Abwendung dieser Gefahr ist tatsächlich nur der Energie und Entschlossenheit der maximalistischen Führer, insbesondere des Kriegskommissars Trotzki, zu verdanken. Aber die Wühlereien der Entente und der innerussischen Gegner und Feinde der Regierung Lenins dauern nicht nur fort, sondern breiten sich sichtbar aus, je ernster die äußeren Feinde, Entente-

truppen, Tschecho-Slowaken, Kosaken, monarchistische Streifkorps, gegenrevolutionäre Legionen und die Mannschaften verschiedener abenteuernder Generale und Generalchen, an den Fronten im Norden und Osten das Maximalisten-System schwer bedrohen. Um den Widerstand gegen diese immer dichter werdende und immer näher rückende feindliche Phalanx möglich zu machen und zu organisieren, hat der Kriegskommissar der Räteregierung, Trozki, die sechsmonatige Dienstpflicht in Großrußland eingeführt. Vom Standpunkt des Kommunismus, der zurzeit offiziell in Rußland herrscht, bedeutet diese Maßnahme selbstverständlich eine bittere Konzession an die so anders gesehene, so anders gewünschte und geträumte Wirklichkeit: auch Trozki hat einsehen müssen, daß eine Staatlichkeit nicht lebensfähig ist, die sich selbst der Möglichkeit beraubt, ihre Existenz nach außen und nach innen mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Die Mobilisation ist bereits in vollem Gange und teilweise sogar schon abgeschlossen. In den schwer bedrohten Gebieten des Südostens, an der Wolga und in Westsibirien und in den nördlichen Provinzen Olonez, Wologda und Archangelsk, die dem englischen Angriff zunächst ausgesetzt sind, wurden für den Kampf gegen die Tschecho-Slowaken und Kosaken bzw. Engländer die Arbeiter und Bauern der Jahresklassen 93—97 tatsächlich zu den Waffen gerufen; in Moskau selbst haben sich die Arbeiter, hat sich das rote Proletariat der Jahresklassen 96 und 97 stellen müssen. Und selbst die Jugend der bürgerlichen Kreise, der verachteten und aefschmähten Bourgeoisie, hat sich in den Städten auf Trozkis diktatorischen Befehl hin der roten Fahne zur Verfügung stellen müssen. Freilich mißtraut man diesem „Korps der Rache“ doch so sehr, daß man es nur in der Etappe und als unbewaffnete Hilfsmannschaft verwenden und verwenden will.

Der praktische Erfolg der maximalistischen Mobilisation hat sich jedoch nicht nur als wenig erfreulich erwiesen, sondern ist nahezu kläglich ausgefallen. Durchweg desertierten 50 Prozent der ausgehobenen Rekruten bei der ersten sich bietenden Gelegenheit; sich der neuen Heerespflicht möglichst bald zu entziehen, gilt im neuen Rußland für selbstverständlich. Daß dabei von Disziplin keine Rede sein kann, liegt auf der Hand. Und es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, einem Angriff regulärer Truppen, d. h. englischer oder tschecho-slowakischer Armeen oder Formationen, sei die bunt zusammengewürfelte, in sich selbst uneinige und die feindende Zerfetzung in sich tragende Rote Garde keineswegs gewachsen. Aus dieser Tatsache erklären sich denn auch die durchaus bemerkenswerten Erfolge der äußeren Feinde der Räterepublik, soweit diese bereits aktiv den Kampf begonnen haben.

Zurzeit sind noch die Tschecho-Slowaken der gefährlichste militärische Gegner der Moskauer Staatlichkeit. Sie verfügen über etwa 60 000 Mann wohl-disziplinierter Truppen, denen sich 15 000 gut bewaffnete, organisierte und verpflegte Ural-Kosaken angeschlossen haben. Kann auch in Erwägung gezogen werden, daß diese Armee von 75 000 Mann nicht in einheitlicher Front operiert, sondern ihre Kräfte in mehreren, ihre Einheit beeinträchtigenden Gruppen und Grüppchen gegen die Roten Garden ansetzt, so befagt dieser Nachteil doch im Angesichte der völligen Disziplinlosigkeit roter Banden und Horden wenig. Die Tschecho-Slowaken sind ernste Gegner, die sich — und das stärkt ihre Energien — der werktätigsten Hilfe der Entente sicher wissen und erfreuen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß selbst das Zentrum maximalistischen Regimes, die herrliche ehemalige Zarenstadt Moskau, von den Tschecho-Slowaken sehr ernstlich bedroht ist.

Die militärische Geanerschaft der Engländer und Ententetruppen im Norden ist zunächst noch nicht so gefährlich, wie die tschecho-slowakische Bedrohung. Denn die Entente-Interventions-Armee ist zahlenmäßig noch nicht

stark genug, ihre rückwärtige Verbindung noch nicht genügend ausgebaut und endlich das Gebiet ihrer Operationen eine weglose arktische Wüste, in deren Bereich mit ungeheuren Entfernungen zu rechnen ist. Aber die Landung der Ententetruppen dauert in den Häfen der Murmanküste noch heute an. Bisher sind bereits 20 000 Mann an Land gebracht worden, hauptsächlich Engländer; Franzosen sind verhältnismäßig wenig gelandet worden, da sich das französische Menschenreservoir nach und nach fühlbar zu erschöpfen beginnt; aber es sind in Alexandrowsk dennoch ein paar französische Matrosenkompanien ausgeschifft worden, denen sich in jüngster Zeit kleine amerikanische Formationen zugesellt haben; die Gerüchte über angebliche serbische Landungen lassen sich schwer kontrollieren; man wird daher recht tun, von der Voraussetzung größerer serbischer Truppenkontingente abzusehen und nur mit kleinen Formationen, ähnlich den Amerikanern, zu rechnen. Der Vormarsch der Westmächte im Norden hat bereits begonnen. Es sind englische Regimenter, unterstützt von Artillerie, Maschinengewehrkompanien und Spezialtruppen, die die Strecke der Murmanbahn von Kola bis Kem besetzt haben; ja, ihre Vortruppen sind nach authentischen Nachrichten bereits 50 Kilometer über Kem hinaus nach Süden vorgedrungen. Die politischen Folgen des englischen Vormarsches sind bereits real: in den Städten und Siedlungen des Gebietes haben sie die maximalistischen Regierungs-Organisationen und Verwaltungsapparate aufgelöst und eine Eismeer-Omega-Republik unter englischem Protektorat konstituiert. Wesentlicher jedoch als diese hoch im Norden sekundären politischen Erfolge der Engländer ist die Tatsache, daß die Briten sich durch Besetzung des nördlichen Rußland in den Besitz der unermesslichen Waldreichtümer und der zum Teil noch gar nicht erschlossenen Bodenschätze jener Gebiete gesetzt haben.

Was die Lage in der Ukraine betrifft, so ist es, um die Lage der übrigen Abschnitte des russischen Ostens zu charakterisieren, dem Hetman Skoropadski bisher offenbar nicht gelungen, das Land völlig zu beruhigen. Von einer Unterdrückung anarchistischer Bestrebungen kann noch nicht gesprochen werden: Agenten der großrussischen Maximalisten einerseits und der Entente andererseits schüren fortgesetzt in revolutionärem Sinne. Die Kiewer Bluttat, der einer der ruhmvollsten deutschen Soldaten, der Generalfeldmarschall von Eichhorn, erst jüngst zum Opfer gefallen ist, illustriert den Einfluß der revolutionären Propaganda in der Ukraine deutlich genug.

In der Krim hat sich ein neues Kabinett gebildet, dem Vertreter der russischen, tatarischen, deutschen und arischen Bevölkerung angehören. Die neue provisorische Regierung Tauriens handelt im engen Einvernehmen mit den deutschen Militärbehörden. Ihre Installation bedeutet einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zur politischen Beruhigung dieses ehemals russischen Landstriches und ein Wachsen des deutschen Einflusses in der Krim. Der Charakter der Bevölkerung hier läßt den Schluß zu, daß sich in der Krim überhaupt am ehesten friedliche und geordnete Verhältnisse anbahnen werden. Vom Standpunkt des nächstliegenden deutschen Interesses ist es besonders wichtig, daß nunmehr Aussicht besteht, daß sich als Folge der wieder einkehrenden Ordnung die Ausfuhr taurischen Getreides nach Deutschland und Mitteleuropa ermöglichen lassen wird.

Am höchsten Grade unsicher ist die Lage der Maximalisten in Sibirien. Ueber die Mauern der Stadt Irkutsk hinaus, wo der Zentralrat der sibirischen Maximalisten taat, scheint ihre schwer erschütterte Macht nicht mehr zu reichen. Ernstlich bedroht sie im Osten die japanische Gefahr. Nach den jüngsten authentischen Nachrichten, die zu uns gelangt sind, scheinen die Japaner im mandschurischen Grenzgebiet bedeutende Truppen konzentriert zu haben, um von dort aus den organisierten



Vormarsch gegen Ostibirien zu beginnen. Aus Westibirien sind die letzten maximalistischen Organisationen verschwunden, seit die große sibirische Bahn unter tschecho-slowakische Verwaltung gestellt worden ist. An die Stelle dieser Organisationen sind überall in Städten, Siedlungen und Dörfern provisorische bürgerliche Regierungen getreten, denen je nachdem Minimalisten, Kadetten, Offiziere, tschecho-slowakische Offiziere und sogar monarchistische Führer vorstehen. Die sämtlichen radikal-kommunistischen Reformen und Gesetze der Maximalisten aber wurden aufgehoben, die Landaufteilung eingestellt oder sogar rückgängig gemacht. Dem öffentlichen Leben ist oder wird doch der bürgerliche Charakter der Vergangenheit wiedergegeben.

Sehr überraschend, aber umso mächtiger, ist in letzter Zeit in Turkestan, in den russischen zentralasiatischen Gebieten, der englische Einfluß angewachsen. Von den eingeborenen Mohammedanern zum Schutze gegen maxima-

listische Willkür und Uebergriffe ins paradiesisch fruchtbare Land gerufen, haben die Briten diesem Rufe nicht nur bereitwilligst Folge geleistet, sondern ihre Kavallerie sogar bis zum Kaspischen Meere vorgeschoben und die wichtigsten Hafenplätze an der Ostküste dieser See militärisch besetzt. Maximalisten und deutsche Kriegsgefangene sind, soweit sie sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, von den Engländern vielfach verhaftet und nach Südpersien oder nach Indien in englische Gefangenenlager deportiert worden.

So sehen wir denn, daß sich überall in den Staaten, Ländern und Ländchen des ehemaligen russischen Kaiserreiches wichtige Ereignisse vorbereiten. Die Kräfte jener Energien, die dem Maximalismus feindlich gesinnt sind, sammeln sich zu einheitlichem Sturm auf gegen den Absolutismus der Moskauer Kommunisten, und in alledem hat die Entente neuerdings ganz offen die Hände im Spiel.

## Terror.

Von Hanns Dohrmann, Berlin-Charlottenburg.

Am Nachmittag des 6. Juli, kurz vor 3 Uhr, gelang es den russischen Sozialrevolutionären Blumkin und Alexandrow, den deutschen Gesandten in Moskau, den Grafen Mirbach, durch Revolvergeschüsse zu ermorden. Wenige Wochen später erlag in Kiew an der Jekaterinenskaja dem Bombenattentat des russischen Sozialrevolutionären Boris Donzow der Chef der deutschen Militärbehörden in der Ukraine, Generalfeldmarschall von Eichhorn, mit seinem Adjutanten Hauptmann von Dreßler. Nur wenige Tage später erschoss ein sozialrevolutionärer Terrorist auf einer Kijiver Straße einen ehemaligen ukrainischen Minister. Und erst vor wenigen Tagen ist in Moskau eine sozialrevolutionäre Verschwörung gegen die beiden Häupter der großrussischen Maximalisten-Regierung in Moskau, Lenin und Trozki, aufgedeckt worden. Im neuen Rußland der zügellosen Freiheit blüht der Terrorismus ärger, als im zaristischen Reich: seines Lebens ist im Gebiete des ehemaligen Rußland niemand sicher, und hinter jeder Straßenecke kann die Faust des Terroristen den Revolver abdrücken oder die Handgranate schleudern. Das alles ist eine neue Phase der sich in erschreckender Weise überlebenden und rasch ausartenden russischen Revolution. Das Chaos wird immer verworrener und vollkommener: Rußland, vielmehr der Zustand Rußlands, scheint das Stadium erreicht zu haben, da das Delirium an die Stelle des Fiebers tritt und der Krieg jedes gegen jeden an die Stelle des Bürgerkrieges. Diese Entwicklung war voraussehen, und sie ist vorausgesagt worden. Es fragt sich nun nur, zu welchen Konsequenzen für die nichtrussische Welt der russische Terror führen wird. Denn in seinem Zeichen ist keine auch noch so schattenhafte russische Staatsgewalt mehr sicher. Und was man noch vor Monaten halb ungläubig in Bezug auf Rußland prophezeite, nämlich eine Herrschaft der sogenannten Anarcho-Syndikalisten, scheint Wahrheit werden zu wollen: ein Staat, der nicht mehr Staat ist, mit dem niemand mehr Beziehungen anknüpfen kann, und mit dem verglichen der kommunistische Staat eines Lenin die höchste Potenz der Ordnung bedeutet. Im Rahmen des einstigen zaristischen Systems bedeutete der Terrorismus eine ständige Bedrohung des Staates, aber auch nicht mehr; denn es gab Mittel, ihn erfolgreich zu bekämpfen, und er mußte sich schließlich mit der Rolle des Attentäters begnügen. Heute, da es das vornehmste Prinzip des russischen Staates ist, jeden tun zu lassen, was er will, gibt es keine Bekämpfung des Terrorismus mehr: er ist gewissermaßen legitimiert, selbst Träger der Staatsgewalt und unantastbar, weil er nach der Kasuistik der kommunistischen Staatslehre im Grunde nicht staatswidrig ist. Dieser Anschauung entsprechend haben Lenin und Trozki,

die ja selbst täglich der Bedrohung durch den Terrorismus ausgesetzt sind, doch die Konsequenzen gezogen: entgegen vielen in der deutschen Presse verbreiteten Gerüchten ist die dem Morde an unserem Botschafter nicht fernstehende Sozialrevolutionärin Spiridonowa mit ihren Helfern und Genossen nicht hingerichtet worden, obgleich sie als überzeugte Terroristin eine erbitterte Gegnerin der Staatsgewalt Lenins ist; ungezählte Terroristen aus der Mitte der Moskauer Arbeiterschaft, die nach der Ermordung Mirbachs verhaftet worden waren, sind mittlerweile freigelassen worden, und nur die Männer, denen Lenin und Trozki als den unmittelbaren Urhebern der Bluttat vom 6. Juli vielleicht doch den Prozeß gemacht hätten, der Führer der Terroristen Sawinkow und die beiden Mörder Blumkin und Alexandrow, sind in das Lager der Entente entkommen.

Den russischen Terrorismus, sein Wesen und seine staatsfeindlichen Gefahren charakterisiert nichts so trefflich, wie die Biographie des Führers dieser politischen Partei. Ich lasse daher im folgenden ein paar Angaben über den russischen Terroristenführer Boris Sawinkow folgen: Boris Wiktorowitsch Sawinkow ist im Jahre 1879 bezeichnenderweise als der Sproß einer uralten adligen russischen Gutsbesitzersfamilie geboren. Als Zögling des Gymnasiums in Warschau verlebte er seine Schuljahre in der polnischen Hauptstadt. Sodann bezog er die Universität in Petersburg. Jedoch schon zwanzigjährig, im Jahre 1899, wurde er wegen führender Teilnahme am Studentenstreik jenes Jahres als Petersburger Student relegiert. Mit mehreren Leidensgenossen siedelte er nach Deutschland über. Zwei Jahre lang ist er Hörer der Universitäten Berlin und Heidelberg gewesen. Hier lernte er deutsches Wesen kennen, in dessen Tiefen er freilich nie gedrungen zu sein scheint. Aber den unruhigen jungen Menschen treibt es früh wieder in die russische Heimat, in die gährende Umgebung russischer Jugend zurück. Im Jahre 1901 taucht er in Petersburg auf, und abermals kommt er in Konflikt mit der Polizei. Wegen seiner nun offenen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei, die damals in Rußland noch völlig illegal war, wurde er verhaftet und in das nördliche Rußland, nach Wologda verschickt, wohin er — seltsames Schicksal! — in diesem Jahre einen Tag vor der Ermordung des Grafen Mirbach zu seinen Freunden im Lager der Entente flüchtete. Nach zweijähriger Haft gelang es Boris Sawinkow, im Jahre 1903 aus Wologda zu entfliehen. Zuvor hatte er in dieser Stadt die für sein Leben entscheidende Bekanntschaft mit der sogenannten Großmutter der russischen Revolution, Frau Breschkow-Breschkowskaja, gemacht, der eifrigsten Parteigängerin der

sozialrevolutionären Partei, die schon damals den Terror für ihr wirksamstes Kampfmittel erklärte. Auf eine Empfehlung der Breschko-Breschkowskaja hin trat Ssawinkow nach seiner Flucht aus der sozialdemokratischen Partei aus und in die sozialrevolutionäre Partei ein. In ganz kurzer Zeit wurde er die führende Kraft dieser Partei und der Leiter der Kampforganisation der Terroristen. Damit beginnt die Blütepoche in seinem Leben. Kaum ein größeres Attentat politischer Natur ereignete sich in den folgenden Jahren, an dem Ssawinkow nicht mit kraftvoller Hand teilgenommen hätte. So nahm er unmittelbar Anteil an den Anschlägen gegen den Minister des Innern Plehwe, den Großfürsten Sergius, einen Bruder des Zaren Alexander III., der in Moskau von einer Bombe zerrissen wurde, den Admiral Dubassow, den Minister Durnowo, den General Mintsch und auch gegen den Zaren Nikolaus II. Unzählige Male ist er verhaftet worden, aber immer wieder gelang es ihm, zu flüchten. Er stand in innigster Beziehung zu dem Provokateur und Lockspitzel Asew, dessen Opfer er sogar wurde: von Asew verraten, fiel Ssawinkow nämlich im Jahre 1906 aus Anlaß eines Attentates, das er gegen den Kommandanten der Festung Sewastopol leitete, in die Hände der Polizei und wurde verhaftet. Zum Tode verurteilt, erwartete er sein Ende in den Sewastopoler Kasematten. Aber wieder glückte es ihm, sich dem Henkerbeil zu entziehen. Am Vorabend des für die Hinrichtung festgesetzten Tages entfloh der Terrorist und erreichte in einem kleinen Boote auf den Wogen des Schwarzen Meeres die Türkei. Bis zum November 1906 leitete er dann vom Ausland aus die russische terroristische Kampforganisation. Dann zog er sich von

dieser Tätigkeit zurück. Seit dem Jahre 1907 lebte er ausschließlich in Paris, wo er unablässig in revolutionärem Sinne schürte und den revolutionären Haß der russischen Jugend gegen die bestehende Ordnung nährte. Von Paris aus trat er auch im Jahre 1908 gegen seinen Todfeind, den Spitzel Asew, als der Hauptankläger vor dem Gericht seiner Partei auf; aber der terroristische Gedanke in Rußland hatte keine Kraft mehr, und auch Ssawinkow gelang es nicht, ihm neues Leben einzuhauchen. Seine zu diesem Zwecke im Jahre 1910 unternommene Aktion mißlang völlig. In Paris hat sich Ssawinkow hauptsächlich der Schriftstellerei gewidmet. Hier schrieb er seine einzigartigen Erinnerungen nieder. Vor einigen Jahren ist ein Auszug aus diesen Lebenserinnerungen in einer deutschen Tageszeitung erschienen; das Kapitel behandelt die umfangreichen Vorbereitungen Ssawinkows für das Attentat gegen den Großfürsten Sergius. Bekannt geworden ist auch sein Roman „Das fahle Roß“, sowie sein politisches Buch „Als wäre es nie gewesen“. Zu Kriegsbeginn war Boris Ssawinkow Kriegsberichterstatter der bürgerlich-demokratischen Petersburger „Rjetsch“ in Paris. Als im Frühling 1917 der Morgen russischer Freiheit anbrach und die Revolution den Zarismus stürzte, kehrte er nach Rußland zurück. Seine erste große Tat war sodann in Moskau vor einigen Wochen die Ermordung unseres Gesandten. Er und seine Agenten schürten und wühlten noch weiter fort; auf ihrer Liste steht sicherlich eine ganze Reihe von Personen, die Beziehungen zu Deutschland unterhalten. Hoffentlich gelingt es, seinen Wühlereien entgegenzuarbeiten. Bedauerlich ist es freilich, daß er überhaupt entkommen konnte.

## Taurien — Land und Leute.

Von Dr. phil. et ing. Eugen Meller.

Durch die voraussichtliche Einverleibung der Krim in das neugegründete Staatswesen der Ukraine verdient diese wenig erforschte Halbinsel mit ihren ewig grünen Matten, braunroten felsabstürzen und violetten Schluchten eine viel größere Beachtung in kulturpolitischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht, als ihr bisher von uns zuteil wurde. Schon rein topographisch unterscheidet sich dieses fast unbekannte Land von anderen Provinzen der Eintönigkeit und starren Frostes, wie es das einstige Zarenreich viele Jahrhunderte hindurch für uns war. Während im moskowitzischen Norden die öde Tundra, Polarfalte und eisiges Schweigen herrschen, zeigt die Landschaft am Schwarzen Meere das Bild einer ewig lachenden Sonne, üppigsten Grüns und ist ein Abglanz von Spanien oder Süditalien. Die fröhliche Stadt Rostow in der Krim erinnert im Lauten- und Mandolinenklang während der mondbegeglänzten Nächte an apenninische Städte, vielfach auch an Florenz, Mailand, Venedig oder Toledo. Alle erdenklichen Südf Früchte gedeihen in diesem gelobten Lande, bei Koos und Sudak blüht ein vorzüglicher Wein, der sogar mit Malaga, Sherry und Miskante sich messen kann; in unendlichen Gärten reifen in verschwenderischer Pracht Aepfel, Birnen, Arhusen, Feigen, Granaten, Aprikosen, Mandeln, Melonen, Pflaumen und Pfirsiche. Die buntheblühten Täler, von vielen klarflutenden Flüssen, Bächen und tiefen Teichen durchkreuzt, erfreuen das Auge mit vortrefflich bebauten und sehr ergiebigen Aekern, überall herrscht eine fast tropische Vegetation, und uferlose Weinberae winken dem Fremden entgegen. Der äußerst fruchtbare Boden, der nur in Podolien und in der Moldau seinesgleichen findet, bringt außer allen erdenklichen Getreidesorten, darunter Hirse, auch Tabak in ganz vorzüglicher Qualität; ganz hervorragend ist auch die Gewinnung von Wachs, Honig und Seide.

Namentlich an der Südküste gestaltet sich die Krim

außerordentlich malerisch. Die Steilküsten am Schwarzen Meere können sich mit denen der französischen Riviera an Farbenpracht, Glanz und dramatischer Wucht vergleichen. Aus diesem Grunde war diese Halbinsel stets ein beliebter Sommeraufenthaltsort der begüterten Russen gewesen; der gewesene Zar selbst hatte in Jalta (Livadia) während der Sommermonate residiert, baute hier stilvolle, reizende und prachtvolle Schlösser und besaß unermessliche Besitzungen. In Bezug auf Fruchtbarkeit ist der Süden dieses Landes vom Norden grundverschieden; während nämlich der Norden holz- und wasserarm ist und für den rationellen Ackerbau einen mageren und salzigen und humusarmen Boden besitzt, der überdies noch mit quabbeligen Sümpfen, die sich an den Engen von Perekop und am Hals endlos dehnen, besprenkelt ist, bietet der sonnige Süden ein Farbenbild üppigster Pracht. Der Norden besitzt noch das „faule Meer“, den „Sivatsch“, einen an die Krim angrenzenden Meerbusen des Asowschen Meeres, der im Februar meist gefroren ist, im Sommer aber ganz ausgedörrt einen ätzenden und lästigen Moorgeruch meilenweit verbreitet. In besonders kalten Wintern friert auch das ganze Asowsche Meer zu, was die Annahme erlaubt, daß einst hunnische und skythische Heerscharen vom Kaukasus über das Eis nach der Krim hergeritten sind und die dortigen heimischen Stämme einfach überrumpelt und unterjocht haben. Topographisch kann man daher auf der Krimhalbinsel drei Zonen feststellen: 1. eine Küstenzone mit blühenden und volkreichen Hafenstädten; 2. eine wellige Randgebirgszone, in denen die tatarischen Nomadenhorden und zerlumpte ukrainischen Hirten schweifen, und 3. die weitflächigen Ebenen im Innern, die meistens von deutschen Ansiedlern aus fast allen Gauen des deutschen Mutterlandes bewohnt sind.

Trotz aller Ergiebigkeit des fruchtbaren Bodens und des rationellen Ackerbaues besitzt doch die Viehzucht dort

weitaus den Vorzug. Ungezählte Rinder, Hornvieh und rassistige Pferde, wie auch feinvollige Schafe haben eine Weltberühmtheit erworben. Die berühmten Schafe liefern die kostbaren krausen Lammfelle von grauer Farbe, als „krimische“ bekannt, wonach auch eine Gattung Pelzwerk bei uns „Krimmer“ heißt und sich großer Beliebtheit erfreut. Die gesamte Zahl solcher Schafe ist bedeutend größer, als die von Bayern und Sachsen. Charakteristisch ist es, daß eine deutsche Familie, namens Pfalzwein, mehr als eine Million solcher Schafe besaß. Eine plannmäßige Ausfuhr dieser Schafe nach den Zentralstaaten könnte unserer Volkswirtschaft zugute kommen.

Die Gesamteinwohnerzahl des Gouvernements „Taurien“, wie die Krim amtlich heißt, betrug nach dem höchst unzuverlässigen russischen Zensus im Jahre 1840 etwa 520 000, im Jahre 1897 bloß 520 000 (?), nach englischen Quellen aber kann man für die Krim über 1,8 Millionen Seelen (1910) annehmen. Die größte Stadt dieser Halbinsel, Sewastopol, betrug ungefähr im gleichen Jahre etwa 72 000 Einwohner und die Gouvernementsstadt Sinferopol 61 000, während andere größere Hafenstädte wie Kertsch 50 000 und Feodosia nur 16 000 (?) Menschen beherbergten. Die Hafenstädte gewannen besonders im letzten Jahrhundert an größerer Bedeutung und sind im Laufe von zwanzig Jahren ungemein gewachsen. So hat z. B. die jetzige Krimhauptstadt Sinferopol vor der Mitte des 19. Jahrhunderts kaum 9 000 Seelen gezählt. Von kulturhistorischer und kunsthistorischer Bedeutung sind kleinere Städte und Ortschaften der Krim, wie z. B. Bachtschisaraj, wo der uralte Palast der weltberührenden tatarischen Khane sich erhebt; Eupatorja, nach König Mithridates dem Großen genannt, da sich dieser Eupator, der Wohlgeborene, betitelt; Balaklawa, Sudak und Jalta, wie auch der im Jahre 1830 am Asowschen Meere im Gebiet der mongolischen, kalmückischen Nogai ergründete Hafenort Berdjansk, endlich Perekop, nach dem die Landengen, die die Krim mit dem großen russischen Festlande verbinden, benannt wurden. Die ganze Krimprovinz hat eine Oberfläche von mehr als 60 000 Geviertkilometern, ist also etwas kleiner als Bayern.

Zu unserer besonderen Genugtuung müssen wir uns daran erinnern, daß — nachdem die ganze Halbinsel von deutschen Truppen besetzt wurde — schon vor mehr als anderthalb Jahrtausenden germanische Scharen, nämlich die Goten, nach der Krim vordrangen und sich dort nach harten Kämpfen mit altaisch-mongolischen Stämmen in ganz kümmerlichen Resten, ja mit ihrer Sprache, bis in das 17. Jahrhundert hinein ihr teutonisches Gepräge behauptet haben. Geschichtlich ist bewiesen, daß vor der germanischen Hegemonie die ganze Krim von heidnischen Skythen beherrscht war. Die Benennung geht höchstwahrscheinlich auf die „Az=ka“, wie sich die Tscherkessen heutzutage selber nennen. An der Küste dieses Eilandes wohnten auch zahlreiche Siedler aus Altgriechenland und Kleinasien. Geschichtlichen Forschungen zufolge wurde diese Halbinsel seit Menschengedenken von mehr als siebenzig verschiedensten Völkern und Stämmen erobert, verwaltet und verwüstet. Nach der Reihenfolge gehörte dieses Ländchen den im grauen Altertum siegreichen Persern, dann den erstarken hellenischen Freistaaten, den Königen von Bosphorus (von denen viele bedeutende Inschriften und gar manche wertvolle Kunstgegenstände erhalten sind), den Mazedoniern, den späteren, weltbeherrschenden Römern, den Sarmaten, den schöngestigen Byzantinern, kurze Zeit im 12. und 13. Jahrhundert den kunstliebenden Genuesern und prachtliebenden Venezianern, von denen die ersteren das einstige „Kassa“, das heutige Feodosia, die anderen die Hafenstadt „Tana“ gründeten. Nach diesem Zeitalter der Glanzperiode zerstörten das blühende Land die alles

zerstörenden Mongolen und die Tataren, Ende des 15. Jahrhunderts aber die siegreichen Osmanen. Die Seldschitten (Türken) nahmen diese Provinz in ihre Gewalt, ein eigener Statthalter (Khân) verwaltete hier — er führte den Dynastienamen „Ghyrai“ — und stand unter der Oberherrschaft des Kalifs von Konstantinopel und war zur Heeresfolge verpflichtet. Dies hinderte ihn aber nicht, recht oft auf eigene Rechnung und Gefahr Heereszüge besonders gegen die verhaßten Moskowiter, und zwar bis Moskau hin, zu unternehmen. Auch Raubzüge mit mittelalterlichem Gepräge fehlten nicht. Eine politisch-militärische Einheit und Zusammenarbeit mit den Osmanen ergab sich aber namentlich, allerdings mit Mißerfolg, bei der unglücklichen Verteidigung von Astrachan gegen Iwan den Schrecklichen. Seit Ende des 17. Jahrhunderts drangen die Russen einigemal in die Krim ein, wichen aber teils freiwillig, teils durch Waffengewalt der Türken wieder zurück, da sie es mit der damals noch immer sehr mächtigen Pforte nicht verderben wollten. Für die einigermaßen verbliebene Selbständigkeit war das Jahr 1771 für die Krim von epochemachender Wendung: Fürst Dolgoruki eroberte sie und verleibte sie dem russischen Reiche ein. Die demütigende Türkei trat 1784 den taurischen Chersones feierlich ab und die damalige landgierige Zarin Katharina II., hinfort auch „Zarin von Taurien“, reiste mit dem berühmten Minister Potemkin, der auch die entscheidenden Siege auf der Halbinsel erfochten hatte, nach der „neuen Perle“ Rußlands, nahm sich wirtschaftlich ihrer an, indem sie viele russische Kolonisten, besonders aber die bewährten Donkosaken in die fruchtbare Gegend ziehen ließ und somit viel zur volkswirtschaftlichen Entwicklung ihrer neuen Südprominenz beitrug. Seit jener Zeit verblieb die Krim bis zur Zeit der neuesten Umwälzung unter der Gewalt der autochthonen Zaropapie.

Zur handelspolitischen und volkswirtschaftlichen Hebung dieses Landes war sehr notwendig, daß deutsche Landsleute aus allen Gauen des Mutterlandes sich dieses verwahten Eilandes angenommen haben. Laut dem höchst unzuverlässigen Zensus vom Jahre 1857 bewohnten die Krim im ganzen etwa 32 000 deutsche Siedler; Sonderwerke über die deutschen Kolonien in Rußland glauben jedoch, auf 78 000 gehen zu dürfen; nach meiner Beurteilung jedoch ist die Zahl von etwa 100 000 Deutschen nicht allzu hoch beziffert, die vor dem Kriegsausbruch in der Krim gehaust haben. Allerdings wäre dies bloß ein Zwanzigstel der heutigen Gesamtbevölkerung. Allein die Bedeutung der deutschen Siedler aus Preußen, Rheinland, Schwaben und Sachsen ist unvergleichlich viel größer, als aus ihrer Kopfminderzahl geschlossen werden könnte. Weit über die Hälfte vom fruchtbarsten Grund und Boden gehört den deutschen Emigranten, die als Großgrundbesitzer über ruthenische Bauern, armselige Tataren und andere unterjochte Fremdvölker gebieten. Unter der Kaiserin Katharina II. kamen die ersten Siedler aus Deutschland in die wilde Krim; weitere und öftere Zuflüsse erfolgten bis zum Jahre 1870. Diese Ansiedler wurden dank ihrer unermüdlichen Arbeit und unvergleichlichem Eifer zu begüterten Bauern und später auch zu einflußreichen, angesehenen und sehr wohlhabenden Grundbesitzern. Am berühmtesten von solchen deutschen Wanderern sind die sechs Brüder Pfalzwein, deren Schafzucht die Zahl einer Million erheblich übersteigt. Der älteste der Brüder war sogar der ungekrönte König der Krim, genos als solcher allgemeine Ehrerbietung und ließ inmitten seiner ungeheuren Besitzungen einen geradezu feenhaften Palast erbauen. Durch unzweideutige Feststellungen wurde erwiesen, daß auf der Krim 70 v. H. des Bodens den deutschen Siedlern zugeschrieben wurden, einzelne Forscher wollen sogar wissen, daß solche Schätzungen bis 90 v. H. und noch weit höher gehen. Diese von Rolf Brand gemachte Schätzung dürfte jedoch übertrieben sein angesichts

der Tatsache, daß die Städte doch ausschließlich in anderen Händen sind und die Gebirge von tatarischen Hirten durchstreift werden.

In rein politischer Hinsicht haben auf die Krim die Ukrainer und die Türken zugleich Anspruch erhoben. Im Zusammenhang hiermit dürfte von allgemeinem Interesse sein, auch die übrigen Bevölkerungsteile statistisch kurz zu erwähnen. Allerdings stützen sich unsere Angaben auf die einzigen Unterlagen, die wir besitzen, die überdies nicht fehlerfrei sind. Diese Fehlerquellen datieren aus dem Jahre 1897, die sich auf die sicher falsche Gesamtzahl von damals 547 000 und nicht die der Jetztzeit von über 1,8 Millionen beziehen. Nach jener Statistik gab es eine Viertelmillion (?) Russen, davon allerdings 65 000 Ukrai-

ner. Man bezifferte die Anzahl der nomadisierenden Tataren auf 194 000, die als Vetter der Türken gelten können, und Kalmücken, etwa 25 000 Juden, 17 000 Griechen, 8000 Armenier, 7000 Bulgaren, 1000 Osmanen, je 800 Italiener und Esten und 600 Böhmen. Wie aber gegenwärtig die Verhältniszahlen zur heutigen Gesamtbevölkerung zu verteilen seien, fehlt leider jede sichere Grundlage.

Nicht nur handelspolitisch und wirtschaftlich, sondern auch strategisch besitzt die Krim seit jeher eine enorme Bedeutung, da sie einigermaßen nicht nur geologisch, sondern auch rein kommerziell eine Brücke zwischen dem Balkan und dem Kaukasus bildet; sie ist eine hohe Warte, von der aus man nach Kleinasien schaut.

## Mitteilungen.

**Aus dem Leben der Balten.** Durch eine amtliche Verordnung wurde zeitweilig die Einführung russischer Rubelnoten jeglicher Art, d. h. aus der Sarenzeit, der Kerenskijschen Periode und dem gegenwärtigen maximalistischen Zeitalter, verboten. Reisende durften bei Überschreitung der Grenze, wie die „Baltische Zeitung“ mitteilt, nicht mehr als 200 Rubel pro Person bei sich führen. Rubelnoten, deren Einfuhr trotzdem erfolgte oder versucht wurde, unterlagen der Einziehung ohne Entschädigung, wobei die Schuldigen sich außerdem erheblichen Strafen aussetzten. Leider galt diese verbindliche Verordnung nur bis zum 20. Juli. Es wäre segensreich für das Land, wenn sie erneuert werden würde.

Die letzten Jahrzehnte russischer Herrschaft in den Ostseeprovinzen, die den Letten und Esten in jeglicher Hinsicht ihrer Entwicklung fraglos überaus günstig waren, abgesehen vielleicht von den moralischen Einwirkungen der zersetzenden russischen Politik, brachten den Letten und Esten u. a. eine sehr bedeutende wirtschaftliche Erstarbung ihres Volkstums. In Bezug auf die wirtschaftliche Kraft der Letten ist, gestützt auf freilich ein wenig veraltete Daten aus dem Jahre 1910, zu bemerken, daß in Liv- und Kurland 188 lettische Kreditanstalten mit einer Gesamtbilanz von 200 Millionen Mark bestanden. Davon entfielen allein auf Livland, das die rührigeren Letten bewohnen, die denen in Kurland weit voraus sind, allein 100 solche Anstalten. Das sind recht eindrucksvolle Zahlen, wenn man in Auge behält, daß Livland und Kurland von nicht mehr als 1 100 000 Letten bewohnt werden. Dazu ist zu sagen, daß die Letten außerdem etwa 10 Mill. Mark ihres Nationalvermögens außerhalb der Heimat in russischen Staatsbanken deponiert haben. Die Gesamtparenlagen der Letten sind also auf 30 Mark pro Kopf, das ist im ganzen auf 35 Millionen Mark zu veranschlagen. Die wirtschaftlichen Kräfte der Esten in Liv- und Estland — etwa 1 Million Menschen — sind geringer als die lettischen Potenzen. Im Jahre 1908 betragen ihre Spareinlagen nur 6 Mark pro Kopf, das sind etwa 6 Millionen Mark. Esmische Kreditanstalten gab es nur 100, denen 50,00 Mitglieder angehörten. Auch die Bilanz dieser Anstalten war demgemäß geringer als die in Livland und betrug nur 68 Millionen Mark, bei einem erzielten Reingewinn von etwa 600 000 Mark. Sehr tätig sind die Esten bisher als Gründer und Angehörige ökonomischer und landwirtschaftlicher Konsumvereine und Gesellschaften gewesen. Es bestanden 142 estnische ökonomische Konsumvereine mit 50 000 Mitgliedern und mehr als 1 Million Grundkapital, wobei von 20 Millionen Mark Umlauf nahezu 500 000 Mark Reingewinn erzielt wurde. Die landwirtschaftlichen Vereine setzten 14 Millionen Mark um. Nebenher bestanden, im Lande verstreut, 158 Molkerei-Genossenschaften, von denen die im Norden des Gebietes gelegenen einen bedeutenden Teil des Petersburger Bedarfes an Meiereierzeugnissen zu decken vermochten. Aus den Uberschüssen ihres Nationalvermögens haben die Esten künstlerischen und geselligen Zwecken nationaler Prägung sehr bedeutende Zuwendungen gemacht; besonders sei in diesem Rahmen genannt der Revaler „Estonia“-Verein mit seinem monumentalen Vereinshause und in Dorpat der entsprechende „Wanemuine“-Verein mit einem beweglichen und unbeweglichen Grundkapital von 250 000 Rubel. Das sind in verhältnismäßig kurzer Zeit vielversprechende Anfänge gewesen, die das lettische und estnische Volk als wirtschaftlich tüchtig und rührig kennzeichnen. Unter den Segnungen deutscher Herrschaft wird sich der allgemeine Aufschwung dieser beiden Völker voraussichtlich entsprechend noch rascher und erfolgreicher gestalten. Unter Letten und Esten sieht man das ein; daraus erklärt sich auch die Bereitwilligkeit aller besitzenden Esten und Letten, den Anschluß an das Deutsche Reich zu billigen.

H a n n s D o h r m a n n.

**Bulgarien und der Tabakhandel.** Bulgarien hat im Jahre 1917 in wirtschaftlicher Beziehung das große Los gezogen. Seit seinem Bestand hat es in einem ganzen Jahr fünf niemals soviel verdient, wie im vorigen Jahre allein. Dieses gewaltig gesteigerte Einkommen, das die Struktur des ganzen bulgarischen Erwerbslebens gegenwärtig umgestaltet, gründet sich im wesentlichen auf Bulgariens Eigenhaft als erstes europäisches Tabakerzeugungsland. Der Ertrag an Tabak machte im Jahre 1917 mehr als 40 Millionen

Kilo aus und übertraf damit den in der Türkei um mehr als das Doppelte. Was das zu bedeuten hat, kann man daraus ermessen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Auslands Tabakerzeugung bis zum Ausbruch des Weltkrieges 100 Millionen Kilo nicht wesentlich überstiegen hat. Dabei ist die zu Tabakanpflanzung geeignete Fläche im dahingegangenen Ausland mehr als dreimal so groß gewesen als die bulgarische, nur wenig mehr als 7 Millionen Kilo konnte Ausland zur Ausfuhr bringen, während der gewaltige Ertrag von 95 Millionen Kilo im Lande selbst verbraucht wurde. Bulgarien aber brachte im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts durchschnittlich 3 Millionen Kilo im Lande selbst, die jetzt sich auf etwa über 4 Millionen vermehrt haben dürften. Somit standen ihm 46 Millionen Kilo als Ausfuhrware zur Verfügung. Die Türkei, die etwa halb soviel Tabak hervorbringt wie Bulgarien, vermag nicht mehr als 14—15 Millionen Kilo auszuführen, während der Rest dem eigenen Verbrauch zugeführt wird.

Durch die eigenartigen Folgen des Weltkrieges, die die überseeischen Konkurrenten auf dem Markt der Mittelmächte lahmgelegt hat, ist Bulgarien das erste Exportland für Tabak geworden und konnte bei dem gewaltigen Bedarf, der in Deutschland im vorigen Jahre sich geltend machte, seine gesamte Ernte zu sehr hohen Preisen verkaufen. Deutschlands jährlicher Tabakbedarf ist ganz gewaltig. Er beträgt 70 Millionen Kilo, von denen allerdings 50 Millionen auf Zigarettabake entfallen, die Bulgarien nicht erzeugt. Deutschland war im Jahre 1917 der Hauptkäufer der bulgarischen Tabakernte und hat hierfür eine Steuer in Gestalt von Exportpreisen gezahlt, welche ganz gewaltig genannt werden muß. Auf die Dauer ließ sich ein solcher Zustand natürlich nicht aufrecht erhalten. Darum wurde die Zigarettenabak-Einkaufsgesellschaft veranlaßt, durch geeignete Maßnahmen der Ueberschätzung des bulgarischen Tabaks entgegenzutreten. Die Gesellschaft hat sich große Vorräte Tabak in der Türkei gesichert, welche den Bedarf von Deutschlands Heer vollständig und seiner Zivilbevölkerung unter Heranziehung der eingeführten Ersatzstoffe für geraume Zeit zu decken vermag. Sie führt daher Tabak zu Höchstpreisen ein, die zwar im Verhältnis zu den Friedenspreisen und selbst zu denen, welche in den ersten beiden Kriegsjahren gültig waren, ganz gewaltig genannt werden müssen, aber dennoch weit hinter denen zurückbleiben, die der bulgarische Tabakhandel im vorigen Jahre gefordert hat. Diese Maßnahme findet allgemeine Billigung in Deutschland; wir wünschen, daß unsere tapferen Verbündeten ausgezeichnete Geschäfte an uns machen sollen. Und das werden sie auch bei den jetzt festgesetzten Höchstpreisen. Wir wären in Deutschland dankbar, wenn wir gegenwärtig ein nur entfernt so gutes Geschäft mit der Ukraine oder sonst einem unbeteiligten Lande machen könnten. Davon kann aber keine Rede sein. Wir können gegenwärtig keinen einzigen Artikel in Deutschland erzeugen, den wir zum 10—14fachen Wert gegen den Friedenspreis an das Ausland verkaufen können. Somit können wir auch nicht umgekehrt unserem bulgarischen Freunde das 10—14fache des Friedenswertes für seinen Tabak bezahlen. In Bulgarien aber gab es oberflächliche Beurteiler, die ohne weiteres annahmen, daß Deutschland nun dauernd eine derartige gewaltige Ueberschätzung werde leisten können.

Daß es nicht der Fall ist und Deutschland dementsprechende Maßnahmen zu ergreifen gezwungen war, hat nun in Bulgarien eine gewisse Bestürzung hervorgerufen, die aber keineswegs begründet ist. Die Presse beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit der Tabakhandelsfrage, und es tauchen fortwährend Vorschläge auf, dieses Problem befriedigend zu lösen. Mehr als je drängen die gewaltigen Tabakmassen, die in den Vorratskammern Südbulgariens und in den Schemen der Bauern noch lagern, dazu, diese abzustossen, ehe die neue Ernte platzheißend auftritt. In diesen gewaltigen Burgen sind große Kapitalien festgelegt, ein beträchtlicher Teil des Besitzes der bulgarischen Nation ruht in diesen Werten und beeinflusst die Lage des Geldmarktes daher in nachhaltiger Weise. Gelingt es nicht, diese Waren umzusetzen, so wird der Banknoten-Umlauf vermehrt werden müssen, und auch viele der neugegründeten Aktiengesellschaften, die sich auf der heutigen Geldlage aufgebaut haben, werden in schwerster Gefahr geraten. Die bulgarische Presse, voran Bulgarski Trgovski Vestnik, schenkt diesen Vorgängen andauernd größte Aufmerksamkeit. Man verweist auf die wunderliche Tatsache, daß in



freilich nicht, ihre Abonnentenzahl ging rapid zurück, und noch ehe im November vorigen Jahres Lenin der Staatsstreich zugunsten des Kommunismus gelang, mußte das Blatt sein Erscheinen einstellen. Gegenwärtig soll der Herausgeber der „Nowoje Wremja“, ein Deutschenhafter übelster Gattung, sich entschlossen haben, ein neues großrussisches Blatt in ukrainischen Odesa zu gründen, um von hier aus Gift und Galle zu spritzen; ukrainische Behörden und deutsche Militärs werden hoffentlich dafür sorgen, daß dieser gefährliche Plan nicht verwirklicht wird. Bis zum Ausbruch der Revolution galt der „Djen“, in dem einst der Reichsduma-Abgeordnete Kerenski häufig das Wort zu ergreifen pflegte, für das linkssteheendste Blatt, da ja die sozialistischen Parteien ihre öffentlich erscheinenden Zeitungen nicht halten konnten, weil sie Tag um Tag geschlossen wurden. Der „Djen“, der heute im Rußland der Kommune als ergreifebar verboten ist, führte eine in der Tat unter normalen Verhältnissen oft geradezu aufreißerisch wirkende Sprache; hinter ihm standen sozialrevolutionäre Kreise, die freilich nach der Öffentlichkeit hin durch ein paar Strohmänner vertreten wurden. Wie Kerenski vor Ausbruch der Revolution der überzeugte Anhänger einer friedlichen Annäherung zwischen Deutschland und Rußland und ein fanatischer Vorkämpfer für die Idee des Friedensschlusses war, redeten auch die Redakteure des „Djen“ während des Krieges eine sehr maßvolle Sprache. Besonders der militärische Mitarbeiter des Blattes, Dmitrijew, fiel durch Objektivität in seiner täglichen Behandlung der Kriegslage auf, die an Deutschfreundlichkeit grenzte. Die Revolution im März 1917 veränderte die russischen Presseverhältnisse — in Betracht kommt ja eigentlich nur die Presse Petersburgs und Moskaus — von Grund auf. Einzelne Blätter, die rechtsstehenden, verschwanden, andere, die den linken Flügel verstärkten und weit radikaler als der „Djen“ waren, entstanden neu. So die sozialistische „Jedinstwo“ (Einheit) des vor Monatsfrist verstorbenen Sozialistenführers Plechanow, die sozialrevolutionäre Neugründung und das Sprachorgan Kerenskis „Wolja Naroda“ (Volkswille), die minimalistisch-internationale „Nowaja Schina“ (Neues Leben), zu deren Mitarbeitern Maxim Gorki als kulturpolitischer Feuilletonist gehörte, und endlich die maximalistische „Prawda“ (Wahrheit), heute das offiziöse Organ der Moskauer Regierung, die während der Kriegszeit in Gestalt von ein paar kommunistischen Flugblättern gefährliche Ableger in den Schützengräben und an der Front besaß. Schließlich wären noch zu nennen, die „Iswestija“, die Nachrichten des Arbeiter- und Soldatenrates, die seit einigen Monaten das hochoffizielle Organ Lenins sind, aber schon gleich nach Ausbruch der Revolution gegründet wurden, damals freilich als Organ der einseitigen Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte, der minimalistischen russischen Sozialdemokratie eines Plechanow. Alle diese Blätter waren natürlich, das liegt in der Natur der Verhältnisse, Improvisationen, Zeitungen auf schlechtem Papier in schlechtem Druck, mit unregelmäßigem Nachrichtendienst, unpolitischen Brandreden als Leitartikeln, Freiheitsgedichten, entzweielt nachlosen Polemiken, mit einem Wort, mit einem Lesestoff, der das ohnehin erregte Publikum verwirren und aufpeitschen mußte, ohne doch, wie das Pflicht einer Presse ist, dieses Publikum politisch zu befriedigen oder anzuregen.

Ein wenig anders gestaltete sich zu Beginn der Revolution die Lage der Moskauer Presse. Auch hier verlor die bürgerliche Presse stark an Einfluß und an Abonnentenzahl. Aber dieses Sinken ihrer Macht, die einst groß war, ging langsam vonstatten. Das in Rußland vor Ausbruch der Revolution seit einem Jahrzehnt am meisten gelesene russische Blatt, die Moskauer „Russkoje Slowo“ mit ihren 800 000 Lesern, behielt die Hälfte dieser Leserschaft; sie stellte sich an die Spitze der kriegs-fanatischen deutschfeindlichen Bewegung während der Revolution und setzte dadurch als liberalgemäßigtes Organ nur eine giftige Tätigkeit fort, die sie durch Mittel wie systematisch gepflegte Falschmeldungen schon Jahre vor dem Kriege und während des Krieges bis zum Sturze des zaristischen Regimes mit eifrigem Fleiß geübt hatte. Heute erscheint dieses Blatt unter dem Namen „Masche Slowo“ in sehr geringem Umfange, wenig gelesen und von den Maximalisten häufig verboten. Für den Tiefstand seiner Redakteure, die trotzdem meist die Träger bekannter russischer Publizistenamen sind — ich nenne nur Jablonowski, Dorofschewitsch, Bajan und Nemirowitsch-Dantschenko —, ist es bezeichnend, daß in seinen Spalten jüngst ein Artikel erschienen ist, der eine Annäherung an Deutschland empfiehlt. Diese Sinneswandlung ist freilich, wie wir Gelegenheit hatten in der „Osteuropäischen Zukunft“ schon mehrfach anzudeuten, auch bezeichnend für die allgemeine Neuorientierung gemäßiger russischer Kreise und Parteien in deutscher Richtung. Die gesamte Moskauer bürgerliche Presse, soweit sie gelegentlich einmal in Form eines stark zensurierten Blättchens erscheinen kann, hat übrigens dieselbe Wandlung durchgemacht, ist den Weg vom weißglühenden Deutschhass zur stillen deutschfeindlichen Resignation gegangen, so das Blatt der Großindustrie und Hochfinanz, die „Saria Rossii“, einst die „Utro Rossii“, so die „Russkija Wedomosti“, das Blatt der Professoren und der Intelligenz, und so eine ganze Reihe neugegründeter oder umgetaufter Bourgeois-Zeitungen, die alle Titel am Kopfe meist in endloser Variation immer dieselbe Devise zum Ausdruck bringen: Freiheit Rußlands, Rußlands Morgenröte, Wiedergeburt, das große Rußland, das freie Rußland, unser Zeitalter der Freiheit und Vorwärts.

Im Wust der sozialistischen Presse der Hauptstädte und der Provinz findet man sich nur schlecht zurecht. Diese Blätter dienen Arbeitern und Bauern, meist Analphabeten, als Heß- und Aufklärungsorgane und sind daher, da auch der Vorleser in der Kleinstadt und im Dorf politisch nicht zu denken vermag, im brutalen Stile der anarchistischen Brandreden geschrieben. Die Leitartikel dieser Blätter sind zum größten Teil delirierende Anrufe gegen jegliche Ordnung, das Nachrichtenmaterial ist rote Tendenz, berechne, die Massen zu verheizen und aufzureizen, und die

Feuilletons sind immoralisch und schlecht. Bezeichnend für diese ganze Presse sind die Namen der einzelnen Blätter: Die Armut, die rote Fahne, die Fahne der Arbeit, der Funke, die Flamme, der Tag des Volkes und Anarchia; besonders das letztere Blatt befreizigt sich einer politischen Betätigung, die Bahnen wandelt, vor denen selbst die eifrigsten Anhängen des vorrevolutionären Zeitalters ängstlich zurückgeschreckt wären.

Sehr eigenartig hat sich die finanzielle Lage der russischen Blätter gestaltet. Anzeigen dürfen sie nicht mehr veröffentlichen, da es ein Staatsmonopol geworden ist, Annoncen zu verbreiten; solche erscheinen im neuen Rußland nur in den offiziellen Organen der maximalistischen Regierung. Trotzdem ist die Lage der sozialistischen Blätter eine günstige. Sie leben eben von staatlichen Unterstützungen oder von den „Requisitionen“, die ihre rote Leibwache auf das Geheiß der Herren Redakteure bei diesem oder dem anderen „Bourgeois“ vornimmt; außerdem werden diese Blätter in Druckereien unsonst hergestellt, die man mit dem Recht proletarischer Usurpatoren einfach beschlagnahmt. Um so kläglicher hat sich die finanzielle und materielle Lage der bürgerlichen Presse gestaltet. Sie fristet wahrhaft ein kümmerliches Dasein, ist angewiesen auf die milden Zuwendungen irgend eines Krösus, der noch sein Geld gerettet hat, und erscheint infolgedessen in sehr spärlicher Ausstattung. Einzelne Blätter aber, die nicht einmal verboten wurden, können nur deshalb nicht erscheinen, weil sie kein Geld und kein Papier, keine Seher und keine Druckerwärze haben. Dafür stehen dann ihre Redakteure in Moskau und Petersburg an den Straßenecken und verkaufen sozialistische Blätter, die Organe ihrer erbittertesten Feinde. Das Leben in Rußland ist verworren und toll! . . .

Jura Trubow.

**Bulgarien.** Die wirtschaftliche Bedeutung der Dobrudschas für Bulgarien entspricht dem Eifer, mit dem Bulgarien dafür eingetreten ist, dieses vornehmlich von Bulgaren bevölkerte Gebiet dem Königreich Ferdinands von Koburg wieder einzuverleiben. Die Dobrudschas dürfte künftig eine Perle Bulgariens werden. Dem abgesehen davon, daß eine rationelle wirtschaftliche Erschließung des Landes in Zukunft doppelte und dreifache Erträge bringen dürfte, sind schon heute die Schätze der Dobrudschas verlockend. Die Oberfläche der Nord-Dobrudschas beträgt 15 530 Quadratkilometer. Ganz wie die Ukraine ist auch die Dobrudschas vorwiegend ackerbaubetreibend. Die folgenden statistischen Daten sind dafür bezeichnend: im ganzen 628 551 Hektar wurden im Jahre 1913 mit Getreide angebaut, davon 118 358 mit Weizen, 17 300 mit Korn, 217 000 mit Gerste, 104 270 mit Hafer, 94 400 mit Mais, 14 500 mit Mohn, 10 900 mit Hirse und 12 840 mit Lein. An natürlichen und künstlichen Wiesen besaß die Dobrudschas etwas über 20 000 Hektar. Entsprechend betrug die Getreideernte in Zahlen ausgedrückt 1 400 000 Hektoliter Weizen, 160 000 Hektoliter Korn, 2 800 000 Hektoliter Gerste, 1 440 000 Hektoliter Hafer, 950 000 Hektoliter Mais, 90 000 Hektoliter Mohn und 80 000 Hektoliter Lein. Der Durchschnittsertrag pro Hektar steht freilich hinter dem Bulgariens und Rumaniens weit zurück; aber ohne Frage ist die Dobrudschas trotzdem als reiches Weizen- und Gerstenland anzusprechen. In den Kreisen Tultscha und Konstanza ist der Weinbau versucht worden. Gewisse Weine erinnern an Bordeaux-Weine. Bis zum Jahre 1913, das unseren Zahlen zugrunde liegt, betrug die Weinernte jedoch nicht mehr als etwa den Ertrag von 5 000 Hektar mit Weinreben beplanten Landes. Zur Ausfuhr ist bisher kein Dobrudschas-Wein gelangt. Demgegenüber ist die Obstbaumkultur der Dobrudschas bedeutend entwickelter. Es gibt wundervolle Obstdörfer mit Kirschen-, Pflaumen- und Birnbäumen. Die großen Lindenwälder in einzelnen Teilen des Landes haben die Bevölkerung veranlaßt, in ihrer Nähe Bienenstöcke anzulegen, es wird demgemäß viel Honig erzeugt, der den Ruf genießt, der beste der Welt zu sein. In den letzten Jahren der rumänischen Herrschaft ist in der Dobrudschas auch der Tabakbau wieder aufgenommen, der eine zeitlang sehr entwickelt gewesen ist; voransichtlich aber werden die Bulgaren, die im Süden ihres Königreiches vorzügliche Tabake bauen, die Tabakkultur in der Dobrudschas wieder aufgeben, da der Tabak hier nicht besonders gut gedeiht. Dem agrarischen Charakter des Landes entsprechend, ist selbstverständlich die Viehzucht der Dobrudschas sehr bedeutend: Schafzucht treiben die Bulgaren, Pferde- und Rindviehzucht Türken und Tataren. Den Reichtum des Landes illustrieren folgende Zahlen: schon im Jahre 1911 wurden gezählt 560 000 Schafe, 160 000 Stück Rindvieh, gegen 94 000 Pferde und 250 000 Schweine. Ein wichtiges Gebiet der Volkswirtschaft ist hier auch der Fischfang, von dem ein Drittel dem Staate zufällt. Die Ausbeute betrug bisher jährlich etwa 15 Millionen Kilo, wovon auf feinere Fischarten 1 1/2 Millionen entfallen. Die Wälder des Landes sind, abgesehen von den schönen Lindenhainen, nicht ausgedehnt, dafür aber wildromantisch und ungepflegt. Sie liegen namentlich in den Kreisen Maschin und Babadag, sind sämtlich Staats Eigentum und bedecken einen Flächenraum von 142 1/2 Tausend Hektar. An Mineralien kommen Eisen und Kupfer an mehreren Stellen in bemerkenswerter Menge im Kreise Tultscha vor. Eisen und Kupfer und auch viele andere Mineralien enthalten Gold und Silber. Am berühmtesten sind die Steinsbrüche, die, gut ausgenüht, entweder am Donauufer oder am Schwarzen Meer liegen, so daß der Abtransport der Ausbeute leicht vonstatten gehen kann. Die Hausindustrie ist eine Sonderheit der bulgarischen Bevölkerung des Landes, die sich pietätvoll von Generation zu Generation vererbt. Sehr beträchtliche Fortschritte hat schließlich die Großindustrie gemacht, und zwar in den letzten 20 Jahren. Die meisten Fabriken gehören auch in der Dobrudschas Aktiengesellschaften, nur die berühmte Gerberei der Brüder Prodanoff in Tultscha und in Konstanza die Mineralölwerke der Brüder Haschjenow gehören Privaten. Am fortgeschrittensten ist das Mäullergewerbe.

A. E. S. v. S.

Paul Dehn kann auf ein arbeitsreiches Leben zurückblicken. Außer seiner schriftstellerischen Tätigkeit hielt er in kaufmännischen, nationalen und kolonialen Vereinen Deutschlands und Oesterreichs Hunderte von Vorträgen über politische und wirtschaftliche Tagesfragen, seit Beginn des Jahrhunderts besonders über Englands Einkreisungspolitik, ihre

Schachzüge und Ränke. Wer seine schlichten, sachlichen, knapp gehaltenen Bücher und Vorträge über die Fekterstellung Englands gegen Deutschland kennen gelernt hatte, konnte durch den Ausbruch des Weltkrieges nicht überrascht werden.

Dr. Falk Schupp.

## Vereinsnachrichten.

**Berlin.** Bei dem 98. Empfangsabend der osteuropäischen und morgenländischen Vereine im Bankettsaal des Weinhauses Rheingold, Potsdamerstraße 5, der überaus gut besucht war, hatte Herr Major Jaffe den Vorsitz übernommen. Er begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste und richtete in einigen kurzen Worten über unsere Kolonien das Augenmerk der Anwesenden auf den Hauptvortrag des Abends: Deutsche Kolonien, eine Lebensnotwendigkeit, den zu übernehmen Herr Hauptmann von Wiese und Kaiserswaldau die Lebenswürdigkeit hatte. Sodann erteilte er genanntem Redner das Wort.

Der Vortragende begann seine Ausführungen damit, daß er sein Bedauern darüber aussprach, daß unsere Kolonien und überhaupt der koloniale Gedanke so gänzlich in den vier Kriegsjahren in Vergessenheit geraten seien, und welches Unrecht damit begangen worden war, dies zeigte der Redner im Laufe seines Vortrags. Er sprach zuerst davon, daß sowohl für das Heer, als auch für die Marine alles getan worden sei, was Ausrüstung, Munition usw. anbetraf; für die Schutztruppe, die sich so heldenmütig während der verflochtenen Kriegsjahre, fern und völlig abgeschnitten von der Heimat, geschlagen hätte, wäre nie etwas übrig gewesen, weder an obigen Dingen noch an Geld, und wenn in Südwestafrika von Vorbereitungen zu einer eventuellen Mobilmachung die Rede gewesen wäre, so wäre man einfach ausgelacht worden. Als der Krieg dann wirklich kam, da wäre eben nichts vorhanden gewesen, keine Kleiderdepots, keine Munitionsdepots, alles sollte dann aus der Erde gestampft werden. Wenn die Krieger verwundet wurden, hatten sie nicht die Gewißheit, wie auf den heimischen Schlachtfeldern sofort in ein wohlgeordnetes Lazarett zu kommen, sie mußten liegen bleiben und eventuell dem Feinde in die Hände fallen.

Die deutschen Kolonien wären alle heldenmütig verteidigt worden. Leider mußten sie alle der manchmal fünfzehnfachen Uebermacht der Feinde weichen bis auf Deutschsüdafrika, das mit seinem Anführer General von Lettow bis auf den heutigen Tag heldenmütig alle feindlichen Angriffe abgeschlagen habe. Dies sei aber auch ein Meisterstück, das einzig in der kolonialen Geschichte dastehe. Der Redner stellte nun die Frage, was es wohl gewesen sei, das General von Lettow vier Jahre standhaft Ostafrika verteidigen ließ. Nicht um Ruhm und Ehre in der Heimat zu ernten, sondern er kämpfte einzig und allein um den kolonialen Gedanken, der in der Heimat in Vergessenheit geraten ist. Und zweitens fragte der Vortragende, was denn die Kolonien so wichtig für das Mutterland erscheinen ließe, und die Antwort darauf laute: die Erzeugung der Rohstoffe in den Kolonien. Ohne Rohstoffe könne Deutschland nicht existieren, denn ohne Rohstoffe gäbe es keine Industrie, und ohne Industrie gäbe es hungernde Arbeiter. Die Folge davon wäre, daß die Arbeiter ins Ausland gingen, dem Deutschland verloren wären und Sklaven der Engländer würden. Alle kolonialen Rohstoffe, wie Reis, Hanf, Kaffee, Tee, Kakaos hätten wir früher von unsern Feinden bezogen, wir müßten uns aber in dem auf diesen Krieg folgenden Wirtschaftskrieg frei von ihnen machen! Leider gäbe es viele, besonders die linksstehenden Parteien, die gegen den kolonialen Gedanken wären, die behaupteten, es wäre nichts Rechtes geleistet worden: die dorthin gingen, wollten nur die Herren spielen. Der Vortragende gibt zu, daß auch noch viel Mißstände herrschen, aber er meint, was aber dagegen alles in den Kolonien geleistet worden wäre, das sähe man am besten, wie eilig die Engländer es hatten, unsere ganzen schönen Kolonien für sich zu gewinnen. Trotzdem wäre noch viel mehr fertiggebracht worden, wenn mehr Geld vorhanden gewesen wäre, aber daran habe es leider immer gemangelt. Ferner sei behauptet worden, wir würden die Neger nur ausbeuten. Dies sei aber keineswegs der Fall, wir wollten ihnen doch nur die Kultur bringen. Allerdings müßten die Neger arbeiten, das täten sie nämlich im allgemeinen nicht selbst, sondern ließen es durch ihre Frauen und Sklaven tun. Der Redner meint, auch die Sozialdemokraten würden bald merken, daß es

besser sei, wenn die Neger arbeiten und wir dadurch Rohstoffe bekommen. Noch ein schlagender Beweis für unsere Behandlung der Neger wäre, daß die Neger den Deutschen treu ergeben wären. Als Beispiel zeigte der Vortragende bei der Vorführung seiner Lichtbilder eines, auf dem ein Häuptling mit den Vornehmten seines Stammes versammelt war, der so treu zu den Deutschen hielt, daß er sich mit seinem Stamm bei Kriegsausbruch gegen unsere Feinde stellte und an der Spitze der Seinen auch später gefallen ist.

Als zweiten Grund gegen die Wichtigkeit der Kolonien führte der Vortragende an, daß viele behaupten, die Kolonien seien nichts wert. Dies wäre aber durchaus nicht der Fall. Nur Geld gehöre dazu, sehr viel Geld. Die Engländer hätten allerdings andere Völker für sich arbeiten lassen und fremdes Geld genommen. Trotzdem sähen die Engländer niederrückt auf unsere schöne ostafrikanische Kolonie. Sogar in der englischen Presse wurde einst gesagt, die Engländer könnten von Deutschsüdafrika lernen. Daß während des Krieges von englischer Seite von derselben Persönlichkeit nahezu das Gegenteil des ersten Ausspruches behauptet wurde, wäre weiter nicht ernst zu nehmen.

Was die Kolonien im allgemeinen anbetrifft, so sind wir ja vorerst darauf bedacht, unsere ehemaligen Besitzungen nach dem Kriege wieder zu erhalten, Redner meinte aber, es wäre doch schön, wenn wir vielleicht einige Abänderungen machen und Verbindungen herstellen könnten. Belgien könne doch den Kongo nicht behalten und Frankreich könne ebenfalls seinen Kolonialbesitz nicht halten, da wäre es doch schön, wenn wir Frankreich vielleicht Teile abkaufen würden und Portugal ebenfalls. Ebenfalls sollten wir auf keinen Fall die Südpazifik aufgeben, da wir da Flottenstützpunkte errichten können, die wir nach Friedensschluß nur zu gut gebrauchen.

Der Vortragende fuhr nun fort, daß wir Sorge tragen müßten, vor allem nach dem Kriege ein großes Mittelafrika zu haben, da wir dies dann mehr als je brauchen zur Erzeugung der Rohstoffe, die uns in dem auf diesen Krieg folgenden Wirtschaftskrieg die Feinde zuerst sperren werden. Dieses freimachen von andern Völkern ginge natürlich nur ganz allmählich, aber es müsse doch immer mehr fortschreiten, so daß wir in 30—40 Jahren vollständig unabhängig sind. Wie ist das nun zu machen? Da wäre zuerst die Bewirtschaftung der Kolonien. Die Schlaf- und ähnlichen Krankheiten seien kein Hinderungsgrund mehr, da wohl auch dafür ärztliche Gegenmittel noch erfunden würden. Die Hitze hätte auch noch niemand geschadet. Die einzig schwere Frage wäre die Bewirtschaftung durch die Schwarzen. Südwestafrika wäre sehr schlecht bevölkert, auch die anderen Kolonien hätten keine große Bevölkerungsdichte aufzuweisen. Aus diesem Grunde müßten Ärzte und Schwestern hinzugeschickt, um die Krankheiten zu bekämpfen, dann würde auch die Bevölkerung allmählich so wachsen, daß sie instande wäre, das Land zu bewirtschaften und Rohstoffe zu produzieren.

Zum Schluß seines Vortrages wies der Redner noch auf den allgemeinen Opfertag für die Kolonien hin, der am 17. und 18. August stattfinden soll, indem er die Anwesenden bat, recht viel zu spenden, um dadurch ihr Interesse für die Kolonien zu zeigen, deren Wichtigkeit man nach dem Kriege noch mehr einsehen wird.

Dem Redner wurde stürmischer Beifall zuteil.

Nach einigen Minuten Pause führte der Redner noch eine Anzahl hochinteressanter Lichtbilder aus Togo und Nordamerika vor; unter ersteren das prachtvolle Gouvernementsgebäude, bei welchem er bemerkte, daß da leider auch die Engländer sitzen, unter letzteren einige Vulkane, die alle vom Redner bestiegen worden sind. Auf diese Lichtbilder folgte noch die Vorführung eines Films über Einsammeln und Verwertung der Baumwolle, der besonders dadurch hochinteressant war, weil er uns die Kunstfertigkeit in diesen Dingen, zu der es die Schwarzen nach jahrelangem deutschen Muster gebracht haben, zeigte. B u l g a r i k u s.

## Bücherbesprechungen.

**Edelbüttel, Artillerie-Flieger.** Dresden 1918; Verlag „Das größere Deutschland“ (1,50 Mark). Für unsere Flieger und ihr Flugzeug interessiert sich jung und alt; die Wichtigkeit dieser Waffe für die Kriegsführung ist augenfällig und heute jedermann bewußt; gründliche Sachkenntnis fehlt trotzdem den meisten, weil wir fast nur von der Kampffliegerei und ihren tagtäglich im amtlichen Bericht festgestellten Erfolgen hören. Deshalb wird die kleine Schrift des Flugzeugführers Edelbüttel, die eine Lücke ausfüllt, vielen als eine Quelle allseitiger Belehrung willkommen sein, zumal sie frisch, mit soldatischem Humor und, die Fachausdrücke vermeidend, leicht verständlich geschrieben ist. Der Verfasser berichtet von seiner Ausbildung, seinen Probeflügen in der Heimat, seiner und seines Beobachters mannigfachen Tätigkeit an der Front als Kampfflieger, aber auch als Artillerie- und Infanterieflieger, und bei besonders gefährlichen Photo- und Bombenflügen; er endet mit seinem letzten Fluge, wo er verwundet wurde und den Flugplatz wider Erwarten glücklich erreichte. Der Leser, dem das nicht immer gegenwärtig sein wird, überzeugt sich bald an der Hand des Büch-

leins, daß die deutschen Flieger, dem Tode geweiht, ein ungewöhnlich hohes Maß von Geistesgegenwart, blitzschneller Entschlußkraft und von — Nerven betätigen, daß sie einen erheblichen Anteil an unseren Kriegserfolgen haben und unser aller Bewunderung und herzlichster Zuneigung wert sind. M. K.

**Zehn Jahre Minenkrieg im Frieden.** Ein neues Schuld buch von X. Bern 1918. Verlag Ferdinand Wyß. Wenn man das Büchlein „Zehn Jahre Minenkrieg im Frieden“ anschlägt, wird man unwillkürlich an die Romane von Walter Bloem erinnert, an seine Trilogie aus dem Kriege 1870/71, die so meisterhaft die Stimmung im Elsaß behandelt, eine Stimmung, die der in Wirklichkeit ganz entgegengesetzt ist, die von französischen Chauvinisten vorausgesetzt wurde und vorausgesetzt wird. Weder in Straßburg noch in Metz, weder im Elsaß noch in Lothringen, weder in den Elsäßer Weilern und Dörfern, noch in den Karikstädten und Landhäusern Lothringens besteht eine französische Tradition und der Drang der Be-

völkering, sich vom Deutschen Reiche loszulösen. Was man Elsässerfrage oder die elsäß-lothringische Bewegung nennt, ist die Schammschlägerei und die künstliche Erregung von ein paar Fanatikern und Demagogen, meist dazu noch Renegaten deutschen Ursprunges. Das war 1870/71 so, und es ist das Verdienst Bloens, das in seinen Romanen festgehalten zu haben; und es ist heute noch ebenso, heute, da sich die „französische Bewegung“ im Elsaß auf die deutschen Namen Wetterle, Schneegans und Bucher stützt. Der verderblichen und gefährlichen Tätigkeit des letzteren, Buchers, vor Beginn des Krieges ist das Büchlein „Zehn Jahre Mienenkrieg im Frieden“ vornehmlich gewidmet. Mit Hilfe französischer Chauvinisten jenseits der deutschen Reichsgrenze, in Paris und Lyon, hat dieser Herr Bucher, ein Straßburger Arzt, die Stimmung in Elsaß-Lothringen systematisch zu vergiften und reichsfeindlich zu gestalten verübt. In der Hauptsache ist es ihm nicht gelungen, aber seine Untermienerarbeit hat doch manche Frucht getragen, wie der Verfasser des uns vorliegenden Bändchens nachweist. Herr Bucher knüpfte als Herausgeber der „La Revue alsacienne“ am Ende des vorigen Jahrhunderts nahe Beziehungen zu französischen nationalistischen Politikern an, zu Maurice Barres, zu André Hallays, zu dem Legationsrat Baron Berckheim an der Französischen Botschaft in Berlin, zu H. Albert, zu M. Roland, einem jungen französischen Offizier, der sich berufen fühlte, den Elsässern in einem dicken Buch die Sympathien der französischen Armee auszudrücken, zu Paul Schneegans und zu der in Rom lebenden Gräfin La Tour, einer französischen Fanatikerin, die auch von der Wiedervereinigung Frankreichs mit den „geraubten“ Provinzen schwärmte. Es ist nicht zu leugnen, daß Dr. Bucher seine Propaganda, die durchaus hochverräterisch war, sehr gewandt zu gestalten verstanden hat, so gewandt, daß man in Deutschland lange Zeit nicht nur kein Mißtrauen schöpfte, sondern daß sich deutsche Blätter sogar entzweigten, als die deutsche Verwaltung des Elsaß, endlich mißtrauisch geworden, Herrn Bucher das Handwerk zu erschweren begann. Der Öffentlichkeit redete Dr. Bucher vor, in seiner französischen „Revue“ nichts weiter anzustreben, als einen Vermittlungsversuch auf Elsässer Boden zwischen deutscher und französischer Kultur. Solche Vermittlungsversuche lagen ja in Friedenszeiten nahe; daß Dr. Bucher seine Mission jedoch dazu benutzte, den Elsässern und Lothringern Schritt um Schritt und sehr vorsichtig klar zu machen, daß sie allein dem französischen Kulturkreis angehörten, weil sie Franzosen waren, merkte der deutsche Michel lange nicht. Mit der Propaganda in der „Revue alsacienne“ erschöpft sich Buchers verbrecherische Tätigkeit jedoch keineswegs. Er ist der Initiator, Verbreiter und zum Teil Herausgeber jener Klut in französischem Sinne vaterländischer Elsässer-Romane, die, von Franzosen zu einem bestimmten Zweck geschrieben, in Taufenden und Abertausenden von Exemplaren im Elsaß verbreitet wurden, um ihrerseits zur Brunnengiftung beizutragen. Außerdem arrangierte Dr. Bucher in Straßburg, Metz und in den anderen Städten der Reichslande Vorträge französischer Politiker, Dichter und Individueller. Auch veranstaltete er große Soireen, die, äußerlich zu wohlthätigen Zwecken veranstaltet, im Grunde nichts anderes waren, als freche Manifestationen übermütiger Französlinge gegen das Deutsche Reich; während einer solchen Soiree ist Bucher selbst einmal in der Uniform eines französischen Kürassiers aus den Jahren 1870/71 erschienen und hat sich seinen französischen Freunden gegenüber dessen gerühmt, daß ihn die deutschen Schutzleute in dieser gallischen Uniform ebrüchrigt begrüßt hätten. Im Rahmen dieser kurzen Besprechung würde es zu weit führen, noch näher auf den Inhalt des Buches zu sprechen zu kommen. Wir beschränken uns darauf, es jedem, der sich für die reichsländische Frage interessiert, wärmstens zu empfehlen. Es enthält reichliches Material, Briefe Buchers in Faksimile, die seine Schuld — er ist gleich zu Kriegsbeginn in die französische Armee eingetreten — restlos nachweisen, und historische Dokumente von höchstem Interesse. Mit aller Eile und Tücke ententischen Systems ist auch im Elsaß unseren Feinden der Boden zu einem Angriff gegen das Deutsche Reich und seine Machtstellung vorbereitet worden.

Hanns Dohrmann.

**Belgiens Schuld.** Der belgische Volkskrieg. Von Richard Graßhoff, Berlin 1918. Verlagsgesellschaft Otto Elsner, Preis Mk. 1.50. Erst vier Jahre sind just in diesen Tagen darüber vergangen, und doch berührt es uns schon wie eine Erinnerung aus ferner Zeit: Belgiens Blutschuld, der belgische Volkskrieg, die Entrüstung einer irreführten Welt über angebliche deutsche Greuel in Belgien und die ganze Atmosphäre jener schwülen Kampftage im August 1914 bei Lüttich, in den Straßen von Löwen und in den Gassen kleiner belgischer Städte, in denen mancher deutsche Held der heimtückischen Kugel belgischer Franktireure zum Opfer gefallen ist. Als sich damals uns das Herz zusammenkrampfte beim Anblick von soviel Greuel, Haß, Tod und Mord, haben wir nicht geahnt, daß das alles nur ein Vorspiel zu dem Infernum bedeuten würde, durch das wir uns nun vier entsetzliche Kriegsjahre lang quälen, wie die am tiefsten Sejmknen in Dantes Hölle. Richard Graßhoff hat Dokumente zu Belgiens Schuld herausgegeben, amtliche Feststellungen und eidliche Aussagen, die restlos nachweisen, wie der belgische Volkskrieg gegen alle einrückenden deutschen Truppen schon vorher organisiert war, ehe die ersten Schiffe an der Grenze gewechselt wurden. Der Verfasser hat das Material mit viel Fleiß zusammengetragen, und man glaubt es ihm nach der Lektüre von nur 80 Buchseiten, daß er über unendlich dicke Mappen weiteren Materials verfügt, das seine Beweisführung immer wieder von neuem bekräftigen würde. Vor unseren Augen entrollt sich ein abschreckendes Bild: eine gewissenlose Regierung hat in völliger Verkenntnis der wahren Lage der Dinge ein verhältnismäßig ruhiges und friedliches Volk durch ein Hin und Her von einander widersprechenden Befehlen und Verordnungen kurz vor Einrückung des Feindes bald bewaffnet, bald entwaffnet, bald zum Widerstand gegen das feindliche Militär aufgerufen, bald vor solchem Widerstand gewarnt.

Da ist es kein Wunder, daß die verwirrten Massen, ohnehin in Angst vor den Schrecken eines Krieges, den das neutrale Land ein halbes Jahrhundert lang nicht mehr gekannt hatte, die kühle Besinnung verloren und sich ins Kampfgetümmel warfen. So sind die Belgier zu Tieren geworden, die in ihrer Angst und Unwissenheit sich aller Waffen eines furchtbaren Franktireur-Krieges bedienten, d. h. in bürgerlicher Kleidung aus dem Versteck und Hinterhalt gegen den organisierten Feind vorgingen, zu allen Greuelthaten aus dem Gefühl heraus bereit, daß für sie doch alles verloren war, wenn sie als Freibeuter ergriffen und als solche nach dem Kriegsgesetz behandelt wurden. Die Schuld an all diesen Greueln, verübt von seiten belgischer Franktireure an den ahnungslosen deutschen Siegern und von den später erbitterten Deutschen an den verzögerten Belgiern, trägt allein die Brüsseler Regierung. Wer sich darüber heute noch nicht klar ist und in quälenden Gewissenszweifeln nach der wahren Ursache der belgischen Schreckenswochen im Jahre 1914 sucht, der lese Graßhoffs Schrift. Sie stützt sich auf einwandfreies Material und überzeugt. Freilich sind wir nach allem, was wir erlebt haben, seit die modernen Schlachten im Westen toben und in Rußland Ströme Blutes im Bürgerkrieg vergossen werden, seit ein Menschenleben feil und unnützlich geworden ist und die Erinnerung an die ersten Kriegstage über alledem zu verblässen beginnt, für Dinge unempfindlich geworden, die Graßhoff schildert. Uns hat der größte Krieg der Welt abgestumpft. Daher wird das Buch Richard Graßhoffs wohl erst wieder einer nachgeborenen Generation als Dokument zur Geschichte menschlicher Greuel dienen. Wir stecken selbst viel zu tief darin, als daß wir solcher Dokumente bedürften. Sie interessieren uns nur, soweit sie die Schuldfrage feststellen, und es befriedigt uns, daß die Antwort auf diese Frage restlos zu unseren Günstigen ausgefallen ist. —

**Ukrainische Phantasien.** kulturpolitische Streiflichter. Von einem österreichischen Polen. Wien 1918. Verlag von Carl Herrmann. Preis 30 Heller. Das Büchlein, zwanzig Seiten umfassend, ist eine Streiflichter. Das ist auch der einzige Nachteil dieser Schrift, aus dem sich dann freilich ein paar Voreingenommenheiten, Subjektivitäten und allzu leidenschaftliche Ausdrücke ergeben. Sonst ist die Abhandlung durchaus lesenswert, und es ist anzuerkennen, daß die Behandlung des Stoffes, soweit die Geschichte in Betracht kommt, eine ruhige und objektive ist. Der Verfasser, ein österreichischer Pole, seinem ganzen Wesen nach ein prinzipieller und persönlicher Gegner des Ukrainertums, ukrainischer Politik und ukrainischer Unabhängigkeit, verübt auf zwanzig Seiten den Beweis zu führen, daß alles, was wir in jüngster Zeit, im Lauf von etwa 5—10 Jahren, über eine völklich selbständige Ukraine gehört haben, Phantasie, Fälschung und Tendenz ist. Das ist natürlich ein wenig scharf ausgedrückt, aber man wird dem Verfasser doch vom Standpunkt objektiver wissenschaftlicher Forschung, deren immer gleichgestellter Blick nicht vom politischen Interesse getrübt ist, dahin recht geben müssen, daß viel, sehr viel von dem, was in den letzten Jahren an ukrainischer politischer Literatur auf den Lesetisch des großen Publikums gebracht worden ist, offensichtlich den Stempel der Tendenz, der „politischen Maché“, getragen hat und noch trägt. Der polnische Verfasser wendet sich in besonderer Erbitterung gegen Versuche ukrainischer Politiker, speziell galizischer Ukrainer, die Vergangenheit der Ukraine so darzustellen, als sei die junge ukrainische Unabhängigkeitsbewegung unserer Tage in ihr fest und sicher verankert. Die angeblichen Unabhängigkeitskämpfe der Kosaken im Namen einer freien Ukraine verweist er in das Gebiet der Legende, er lächelt ein wenig ironisch über den Versuch der Ukrainer, ihren kulturellen Stammbaum aus der Geschichte des altrussischen Kijewer Staates nachzuweisen, und rügt ethnographische Sünden und anthropologische Verfehlungen, die er deutschen, ukrainischen und österreichischen Ukraineforschern nachzuweisen verübt. Auf die auch in Deutschland neuerdings sich immer lebhafter äuffernden Kreise, welche die Unabhängigkeit der Ukraine bekämpfen, weil sie nicht für verwirklichter halten, wird wohl jener Satz des Büchleins am überzeugendsten wirken, der die Behauptung aufstellt, die geographischen Verhältnisse seien einer Trennung der Ukraine von Rußland nicht günstig; die Volksgrenze falle mit keiner Naturgrenze zusammen und beide russischen Stämme verteilte die gleiche historische Völkermischung in derselben weiten sarmatischen Ebene. Aber auch den Ukrainern, Anhängern einer unabhängigen ukrainischen Staatlichkeit hier und drüben, wird das Büchlein des polnischen Polen mancherlei zu denken geben. Denn das läßt sich nicht bestreiten, daß das ukrainische Problem schwierig genug ist und sich, will man es gewissenhaft und nicht leichtfertig lösen, unendlich viel quälende Zweifel aufkommen läßt. Wir gehen vom Standpunkt aus, daß das Büchlein, das eine Anschauung bekämpft, die wir bisher in diesen Hefen vertreten haben, trotzdem durchaus zur Lektüre zu empfehlen ist. Denn es liegt uns fern, unjenseits eine einseitige und engherzige Politik zu treiben, die jede Auseinandersetzung fürchten muß. Die jüngsten Ereignisse in der Ukraine, die Verhältnisse, die sich dort seit dem Sturz der Rada-Regierung neu und wesentlich anders gestaltet haben, als man noch vor einem halben Jahre annehmen zu dürfen glaubte, wirken so eindrucksvoll auf uns ein, als daß wir uns der Notwendigkeit verschließen könnten, anzuerkennen, daß eine Revision der deutschen Politik der Ukraine gegenüber nachgerade geboten erscheint. In diesem Sinne, als Anregung zu neuen Gedanken und Ansichten, begrüßen wir und empfehlen wir die Ausführungen des polnischen Politikers; wir können aber nicht umhin, noch einmal zu betonen, daß seine Schrift dadurch stark beeinträchtigt wird, daß sich der Verfasser zu offensichtlich auch auf den Standpunkt der Parteilichkeit stellt. In der Folge sind ihm selbst ein paar tendenziöse Uebertreibungen unterlaufen, Schärpen und Abjektivitäten, die er den Ukrainern vorwirft.

H. A. D.